



Niederschrift

55. Plenarsitzung des Gemeinderates
10. Oktober 2023, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 1 der Tagesordnung: Haushaltsreden des Gemeinderates zum Doppelhaushalt 2024/2025

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1 auf und erteilt zunächst Herrn Stadtrat Löffler das Wort.

Stadtrat Löffler (GRÜNE), vom Rednerpult sprechend: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin, liebe Kolleg*innen, liebe Karlsruher*innen, dieser Haushalt hat es in sich. Mit rund 1,7 Milliarden Euro ist er der umfangreichste Haushalt der Stadt Karlsruhe und gleichzeitig das Ergebnis eines harten Prozesses, um Einsparungen in einer Höhe von 100 Millionen Euro zu erreichen. Daher möchten wir den Mitarbeitenden der Verwaltung unseren Dank aussprechen. Es war sicher alles andere als einfach, in den eigenen Arbeitsbereichen zu entscheiden, an welcher Stelle eine Einsparung am wenigsten weh tut. Auch möchten wir Ihnen, Herr Oberbürgermeister erneut für die transparente und frühzeitige Kommunikation des notwendigen Sparkurses danken.

Aber trotz der nicht zu vermeidenden Sparmaßnahmen wollen wir GRÜNE auch in diesem Haushalt an den notwendigen Stellschrauben drehen. Daher hatte ich schon vor einigen Monaten angekündigt, dass wir selbstverständlich Anträge zum Doppelhaushalt stellen werden. Denn am Ende ist die zentrale Aufgabe des Gemeinderats, Schwerpunkte zu setzen, den Haushalt zu gestalten und zu beschließen.

Die Herausforderungen warten nicht und nehmen auch keine Rücksicht auf unsere finanzielle Lage. Sechs von neun planetaren Grenzen sind überschritten: Es befinden sich zu viele neuartige Substanzen wie Mikroplastik in der Umwelt; die genetische Vielfalt – die Biodiversität ist massiv bedroht; natürliche Stoffkreisläufe sind durcheinander, zum Beispiel durch Düngung; die Landnutzung beziehungsweise der Flächenverbrauch ist zu groß; wir verbrauchen zu viel Wasser und der Klimawandel schreitet unaufhaltsam voran. Wir stehen Stand heute weltweit bei 1,4 Grad Erderwärmung – für Karlsruhe bedeutet das bereits 2,5 Grad Erwärmung zum heutigen Zeitpunkt. Bis zu den Grenzen des Pariser Abkommens ist nicht mehr viel Luft – eigentlich gar keine Luft mehr.

Wir als Menschheit arbeiten aktuell konsequent daran, unsere Lebensgrundlage zu zerstören. Da müssen wir gegensteuern, auf jeder Ebene. Jede der globalen Belastbarkeitsgrenzen hat ihre Ursachen in unserem Handeln vor Ort. Auch in Karlsruhe.

Nur wenn alle ihren Anteil leisten, haben wir die Chance, unseren Planeten widerstandsfähig und bewohnbar zu halten. Und das sollten wir, denn wir haben nur diesen einen Planeten. Auch wenn unser Anteil in Karlsruhe winzig ist im globalen Vergleich, wenn wir uns nicht anstrengen, fehlt ein Puzzleteil im Ganzen. Dieser Haushalt ist ein solches Puzzleteil und wir Grüne wollen unsere Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen ernst nehmen.

Wir haben uns als Grüne in dieser Ratsperiode für den Beschluss des Klimaschutzkonzeptes und die Nachschärfung der Ziele eingesetzt. Ebenso haben wir erreicht, dass das Klimaschutzkonzept im vergangenen Doppelhaushalt erstmals ausfinanziert wurde, mit 40 Millionen Euro pro Jahr. Dieser Mittelansatz war nach der ersten Runde der Haushaltssicherung zunächst auch für beide kommenden Jahre vorgesehen.

Mit dem zweiten Sparpaket für diesen Haushalt sollen nun doch fast 700.000 Euro in jedem Jahr gestrichen werden. Das werden wir so nicht akzeptieren. Vor wenigen Tagen wurde der Entwurf des Energieleitplans vorgestellt. Dieser enthält Aussagen darüber, wo welche klimaneutrale Wärmeversorgung möglich ist. Es fehlen jedoch Aussagen über das Wann. Der Energieleitplan muss in diesem Jahr beschlossen werden und das ist auch wichtig, damit die Bürger*innen unter anderem frühzeitig erfahren, welche Wärmeversorgung für welche Stadtquartiere geeignet ist.

Allerdings sehen wir auch, dass eine kontinuierliche Weiterentwicklung und eine Beschleunigung vor allem der Fernwärmeplanung notwendig sind. Das ist eine kontinuierliche Aufgabe. Dafür werden die Gelder des Klimaschutzkonzeptes in den nächsten Doppelhaushalten benötigt.

Wir sehen noch einen weiteren Bedarf beim Klimaschutz: Die klimaneutrale Verwaltung bis zum Jahr 2040. Hinter diesem Satz, hinter diesem Ziel steht eine Riesenaufgabe.

Ein wesentlicher Bestandteil davon ist die Sanierung der städtischen Gebäude, die Umstellung der Energieversorgung der Gebäude und damit eine Reduktion der CO₂-Emissionen aus Wärme und Strom auf nahezu null. Diese Sanierungen haben weitere positive Effekte, einen Kollateralnutzen sozusagen. Wir senken den Energieverbrauch und gleichzeitig die Betriebskosten der Gebäude und wir verbessern die Bedingungen für die Nutzer*innen. Auch wenn es sich vielleicht bei einer kleinen Maßnahme nur um den Austausch von Fenstern handelt.

Das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft hat dem Gemeinderat einen Fahrplan vorgelegt, um dieses Ziel zu erreichen. Für diesen Fahrplan werden weitere Personalstellen benötigt, um jetzt die Planungen zu beschleunigen und um externe Vergaben von Planungsaufgaben und externe Kosten für Planungen zu reduzieren.

Erstmals ist im Klimaschutz-Budget auch ein Ansatz für Maßnahmen zur Klimaanpassung vorgesehen. Das sind jeweils zwei Millionen Euro pro Jahr und damit nur ein Anfang. Die Klimakrise schreitet mit einer Geschwindigkeit voran, die es uns nicht erlaubt, mit der Klimaanpassung zu warten. In Karlsruhe erleben wir schon heute deutlich mehr Hitzetage als in der Vergangenheit. Im Durchschnitt waren es in den letzten zehn Jahren mehr als 20 Hitzetage pro Jahr, das ist mehr als doppelt so viel wie ein halbes Jahrhundert zuvor.

Hitzetage sind nicht einfach schöne Sommertage. 36 Grad im Juli dieses Jahres, 37 Grad im Jahr zuvor. Das sind Temperaturen, bei denen ein Aufenthalt im Freien unerträglich bis gefährlich wird. Wir haben mit der Klimaanpassungsstrategie gute konzeptionelle Ansätze und erarbeiten gerade mit dem Plan°C einen Hitzeaktionsplan. Das dürfen aber nicht nur Konzepte bleiben. Daher wollen wir mit zwei Anträgen für eine schnellere Umsetzung der Klimaanpassungsmaßnahmen sorgen.

Wir Grüne wollen, dass für das Trinkbrunnenkonzept jedes Jahr zusätzlich 100.000 Euro zur Verfügung stehen. Ebenso wollen wir im Jahr 2024 das Budget für ein Entsiegelungskonzept zur Verfügung stellen, das ab dem Jahr 2025 dann umgesetzt werden soll. Entsiegelung und mehr Grünflächen statt Asphalt und Beton müssen damit endlich Anlass genug sein für eine Umbaumaßnahme. Das sollte eben nicht nur bei einer Straßenbaumaßnahme mitgedacht werden.

Es geht nicht nur um neues Stadtgrün. Der Baumbestand in der Stadt und im Wald steht unter Stress, Hitzestress. Krankheiten, spontane Brüche der Äste sind die Folge. Die Bäume müssen häufiger kontrolliert und bewässert werden. Dafür brauchen das Forstamt und das Gartenbauamt personelle und materielle Unterstützung. Das sind wesentliche Aufgaben, um den Baumbestand und die Menschen in dieser Stadt zu schützen.

Unser Wald leidet. Glücklicherweise haben wir in diesem Sommer im Vergleich zum Vorjahr keine hohe Zahl an Waldbränden erlebt. Dennoch sind Wald- und Buschbrände eine Gefahr, die durch die fortschreitende Klimakatastrophe häufiger werden. Eine gute Klimaanpassung erfordert also eine Stärkung des Bevölkerungsschutzes. In diesem Doppelhaushalt wollen wir die Integrierte Leitstelle für den Stadt- und Landkreis endlich personell besser ausstatten. Seit 2021 ist bekannt, dass dort im Verantwortungsbereich der Stadt zwei weitere Stellen benötigt werden. Der Landkreis und das Deutsche Rote Kreuz haben ihre jeweiligen Stellen bereits besetzt. Die Stadt kann das Personalkontingent aktuell nur durch die Anordnung von Überstunden abdecken.

Die Waldbrandgefahr ist nur ein plakatives Beispiel. Es geht grundsätzlich um eine Stärkung von Rettungsdiensten und Feuerwehr zum Wohle unserer Bevölkerung. Für unsere Sicherheit und bessere Arbeitsbedingungen in der Integrierten Leitstelle ist eine ausreichende personelle Versorgung in der ILS unabdingbar.

Wir Grüne sehen im Bereich der Klimaanpassung im Gegensatz zum Klimaschutzbudget noch erheblichen Bedarf. Wir verstehen den Haushaltsentwurf und unsere Anträge dazu als Auftakt. In den nächsten Jahren kommt noch einiges auf uns zu. Die Klimakrise wartet nicht.

Und auch die biologische Vielfalt wartet nicht, sie wird weniger. Verlorene Arten kommen so schnell nicht wieder. Das mag für manche im ersten Moment gar nicht so schlimm klingen. Ein paar Insekten weniger ist doch ganz schön, endlich weniger von diesem nervigen Ungeziefer.

Das ist ein Trugschluss. Wenn biosphärische Kreisläufe zerstört werden, schlägt das beispielsweise auf die Landwirtschaft durch. Ohne bestäubende Insekten keine Lebensmittel. Das ist nur ein einfaches Beispiel für die sehr großen und komplexen Zusammenhänge.

Genau deswegen haben wir als Stadt ein Biodiversitätskonzept. Eine Maßnahme daraus ist es, die Biotope geschützter Arten im Stadtgebiet zu dokumentieren. Nur wenn wir wissen, welche Arten wo leben, können wir diese zukünftig auch schützen und daher wollen wir endlich die Stadtbiotopkartierung ermöglichen. Dafür wird nur ein geringer Betrag benötigt, aber dieser ist bisher von der Verwaltung nicht eingeplant.

Darüber hinaus wollen wir Grüne die Umweltbildung stärken. Diese ist aus unserer Sicht ein einfacher, kostengünstiger und nachhaltiger Beitrag für den Schutz unserer Umwelt. Wir wollen in diesem Sinne die Biodiversität auf Schulhöfen oder in Schulgärten stärken. Jährlich sollen sechs Schulen ein Startkapital für niederschwellige Aktionen zur Förderung der Biodiversität auf dem Schulhof erhalten: Dazu gehören zum Beispiel eine Trockenmauer zu errichten, Fassadenbegrünung, ein Totholzhaufen oder Steinhaufen für Reptilien anzulegen oder auch ein Hochbeet anzulegen.

Zur Umweltbildung gehört selbstverständlich auch die Waldpädagogik. Hier hat die Verwaltung die Mittel halbiert und damit weniger Schulklassen eine intensivere Beschäftigung mit unserem Wald ermöglicht. Diesen Kürzungsvorschlag werden wir ablehnen, weil mit der Streichung eines geringen Betrags nachhaltig großer Schaden angerichtet wird.

Klimaschutz, Klimaanpassung sowie Natur- und Umweltschutz. Das sind die Kernthemen für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Daher sind diese Ziele für uns Grüne auch in der Mobilität das Fundament. Jede verkehrspolitische Veränderung muss den Ressourcen- und Energieverbrauch reduzieren. Im gleichen Zuge wollen wir uns für eine Verbesserung der Lebensqualität und der Aufenthaltsqualität in Karlsruhe einsetzen.

Ein Aspekt, auf den wir im Zusammenhang mit dem Wunsch nach höherer Lebensqualität immer wieder angesprochen werden, ist die Verkehrsüberwachung. Das ist auch im ADFC-Fahrradklimatest als ein Defizit mit enormen Nachholpotenzial identifiziert worden. Daher wollen wir eben die Verkehrsüberwachung stärken, am einfachsten geht das mit Geschwindigkeitskontrollen.

Überhöhte Geschwindigkeit führt zu mehr Verkehrsunfällen und schwereren Auswirkungen von Verkehrsunfällen. Überhöhte Geschwindigkeit geht in der Regel mit mehr Lärm einher. Und Lärm mindert die Lebensqualität aller, im schlimmsten Fall macht Lärm krank, dauerhaft krank. Daher wollen wir, dass die Stadt im Jahr 2024 und 2025 jeweils einen mobilen Blitzer-Anhänger beschafft. Diese Anhänger können nahezu überall aufgestellt werden und sind deutlich weniger personalintensiv als personelle Kontrollen.

Wir und auch die Verwaltung werden regelmäßig von den Bürger*innen darauf angesprochen, dass bei Ihnen im Wohngebiet oder vor der Schule ihrer Kinder bitte häufiger kontrolliert werden sollte. Die Beschwerden über laute Autoposer in der Innenstadt werden Sie auch alle kennen. Es sind einige Straßenzüge, in denen häufiger kontrolliert werden müsste. Die personelle und technische Ausstattung reicht allerdings nicht aus, um dem Bedarf zu entsprechen. Das Schöne bei diesem Antrag ist: Diese Blitzer-Anhänger tragen sich am Ende finanziell selbst. Und wenn wir sie irgendwann nicht mehr brauchen sollten, haben wir ein großes Stück Lebensqualität in unserer Stadt zurückgewonnen.

Bei weiteren Mobilitätsthemen merken wir immer wieder, dass die Kapazitäten nicht ausreichen, um die eigenen Ambitionen zu erfüllen. Und damit meine ich nicht unsere grünen Ambitionen, sondern ganz grundlegend den Anspruch, dass Projekte, die der Gemeinderat beschlossen hat, zügig umgesetzt werden. Daher wollen wir exemplarisch das IQ-Leitprojekt zum Parkraummanagement voranbringen. Das ist eine stadtweite Aufgabe, die in ihrer Konzeptionierung und in der darauffolgenden Umsetzung verstärkt werden muss. Ganz aktuell in der Diskussion über die westliche Kriegsstraße sehen wir ja auch, wie aktuell dieses Thema ist. Das sollte uns allen offenbar geworden sein in den vergangenen Ausschussberatungen.

Zudem wollen wir die Kommunikation der Mobilitätsthemen und die Werbung für den Umweltverbund stärken. In der aktuellen Diskussion rund um den Fuß- und Radentscheid oder das Programm für Aktive Mobilität steht immer wieder die Aussage im Raum, dass einfach nicht ausreichend bekannt sei, was Karlsruhe denn alles schon so macht. Ebenso sieht die Situation bei der Bewertung des ADFC-Fahrradklimatests aus. Hier besteht also offenbar Handlungsbedarf.

Diesen Handlungsbedarf haben durch den Fuß- und Radentscheid auch über 17.000 Menschen an den Gemeinderat, an uns, adressiert. Denn der Fuß- und Radentscheid adressiert eine Lücke, die das Programm für Aktive Mobilität lässt. Mit dem Programm für Aktive Mobilität haben wir als Gemeinderat vor allem qualitative Grundsätze beschlossen, um den Fuß- und Radverkehr zu stärken.

Der Fuß- und Radentscheid ergänzt diese durch quantitative, zählbare Ziele. Es geht dabei nicht nur um das maximale Tempo, sondern vor allem auch darum sich klare Ziele zu setzen, deren Umsetzungsgrad einfach gemessen werden kann. Wir Grüne möchten an dieser Stelle die Verwaltung noch einmal dazu ermutigen, die Gespräche mit den Vertreter*innen des Bürgerbegehrens zu führen und einen Vorschlag für einen Kompromiss vorzulegen. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben November als Ziel genannt. Ich hoffe, dass Sie das schaffen, und setze darauf, dass wir dann einen guten Ersatzbeschluss hier im Gemeinderat fassen können.

Handlungsbedarf haben wir in der Vergangenheit ebenso im Sozialen festgestellt. Konkreter in der frühzeitigen Information sowie in der Unterstützung und Versorgung älterer Menschen. Ich möchte dazu zwei Ansätze nennen, die gleichzeitig verschiedene Ziele erreichen: Die Innovative Pflege und die präventiven Hausbesuche. Diese Ansätze haben wir interfraktionell auf den Weg gebracht und werden sie in Zukunft weiterverfolgen.

Warum erreichen wir mit solchen neuen Ansätzen mehrere Ziele gleichzeitig? Bei beiden Ansätzen geht es darum, dass ältere Menschen so lange wie möglich selbstständig und in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Beide Konzepte zeichnen sich durch Respekt und Ernstnehmen der älteren Generation aus und sie helfen der jüngeren Generation, ihre Berufstätigkeit und die Unterstützung ihrer Angehörigen besser vereinbaren zu können. Moderne Care-Arbeit ist eben mehr als nur Kinderbetreuung in einer älter werdenden Gesellschaft. In dem demografischen Wandel in dem wir uns befinden, ist Care-Arbeit ganz allgemein die Sorge, das Pflegen aller Angehörigen. Außerdem wird dadurch deutlich, dass diese Ansätze die Kosten der Stadt für stationäre Pflege sinken lassen können. Solch neue Ansätze in der Pflege verbessern ebenso die Situation in diesem Berufsbild und tragen dazu bei, durch attraktivere Arbeitsbedingungen mehr Pflegekräfte gewinnen zu können.

Das Projekt Präventive Hausbesuche, bei uns Karlsruher Hausbesuche genannt, wird nach längeren Vorbereitungen seit Ende 2022 durchgeführt. Dieses Projekt bietet Senior*innen eine freiwillige Beratung zum 75. oder 80. Geburtstag, um etwa über Einkaufshilfen, Treppenlifte und andere kleinere Dinge zu informieren und so hoffentlich eine Pflegebedürftigkeit zu verhindern. Die präventiven Hausbesuche sollen nach aktuellem Stand Ende dieses Jahres beendet werden. Bis dahin ist keine Bewertung und Entscheidung über eine Weiterführung in Zukunft möglich. Daher wollen wir das Projekt bis zu einer grundsätzlichen Evaluation im nächsten Jahr verlängern. Dann können wir entscheiden, ob und in welcher Ausprägung die Karlsruher Hausbesuche weitergeführt werden.

Ähnliches gilt für die Innovative Pflege nach dem niederländischen Modell Buurtzorg – zu Deutsch Nachbarschaftspflege. Ambulante Pflege, Bewegungsangebote im Quartier sowie die Einbindung von Nachbar*innen oder Angehörigen ermöglichen, um eine größere Selbstbestimmtheit der Pflegebedürftigen zu erreichen. Die Verwaltung hat dieses Konzept begonnen und hat erste sehr positive Erkenntnisse sammeln können, wie sich dieser neue Ansatz auswirkt. So gelingt es auch hier erfreulicherweise, für diese Form der Pflege mehr Pflegefachkräfte zu gewinnen.

Allerdings hat hier bisher keine begleitende Evaluation und Datenerhebung stattgefunden. Diese ist in den kommenden Jahren strukturiert durchzuführen. Wir gehen davon aus, dass auch hier gesamtgesellschaftlich und in unserem Haushalt Kosten eingespart werden und ältere Menschen länger selbstbestimmt leben können.

Zum selbstbestimmten Leben gehört auch eine sichere und bezahlbare Wohnung. Diese Aufgabe erfüllt seit über 100 Jahren unsere Volkswohnung. Die Verwaltung hat in ihrem Haushaltsentwurf vorgeschlagen, die Volkswohnung zu schwächen und zu einer Gewinnausschüttung von je 3,5 Millionen Euro in den Jahren 2024 und 2025 aufzufordern. Diesen Vorschlag unterstützen wir nicht. Die Volkswohnung benötigt die erwirtschafteten Mittel für den Bau neuer Wohnungen. Eine Entnahme aus den Gewinnen würde mittelbar das Wohnen für die Mieter*innen der Volkswohnung verteuern. Einen solchen Sonderbeitrag der Mieter*innen zur Stützung des Haushalts lehnen wir auch deshalb ab, weil wir es für ein vollkommen falsches Signal für unsere Karlsruher Sozialpolitik halten.

Wir haben in dieser Ratsperiode gemeinsam einiges erreicht, vor allem um die sogenannten „Working poor“ zu unterstützen. Diejenigen Menschen, denen trotz Arbeit nicht genug Geld für ein Leben mit gesellschaftlicher Teilhabe bleibt. Unsere Karlsruher Pässe und Kinderpässe sind ein wichtiges Instrument für diese Bevölkerungsgruppe. Insbesondere weil damit auch Menschen unterstützt werden, deren Einkommen geringfügig über der Bedarfsgrenze für Sozialleistungen liegt.

Es ist eine kontinuierliche Aufgabe für uns alle, dass den Berechtigten diese Angebote bekannter gemacht werden. Sodass Menschen mit geringerem Einkommen beispielsweise die Erstattung beziehungsweise Ermäßigung der KiTa-Beiträge in Anspruch nehmen.

Denn die frühkindliche Bildung ist der Schlüssel für einen erfolgreichen Start ins Leben, für Integration und spätere Teilhabe an der Gesellschaft. Kein Standortfaktor ist für Familien von größerer Bedeutung als ein vielfältiges, verlässliches und bezahlbares Bildungs- und Betreuungsangebot für ihre Kinder. Obwohl wir in Karlsruhe viel in diesen Bereich investieren und uns auf den Weg gemacht haben, für gerechte Elternbeiträge zu sorgen, müssen wir ehrlicherweise eingestehen, dass die bisherige städtische Kita-Finanzierung an ihre Grenzen kommt.

Wir Grüne halten es mit Blick auf die Haushaltssicherungsmaßnahmen aber für unverhältnismäßig, die volle Last der Einsparungen im Bereich der Kitas den Eltern aufzubürden. Und zwar so lange wie wir es als Politik und Verwaltung gemeinsam nicht schaffen, für ausreichend Kitaplätze, eine solide Personaldecke und damit eine tatsächliche Wahlfreiheit der Kita sowie für gerecht verteilte Gebühren zu sorgen.

Deshalb setzen wir uns wie auch schon in den vergangenen Jahren dafür ein, die geplanten massiven Beitragssteigerungen deutlich zu entschärfen. Zeitgleich sehen wir Grüne die Notwendigkeit, bei der Kitafinanzierung grundsätzlich neue Wege zu gehen, um mehr Gerechtigkeit für die Familien in Karlsruhe herzustellen. Hier muss dringend nachjustiert werden. Das lässt sich nicht sofort in diesem Doppelhaushalt lösen, dennoch müssen wir die Diskussion jetzt beginnen, damit dass in einem Folgehaushalt Realität werden kann.

Wir sind stolz, dass Karlsruhe die Umsetzung der Istanbul Konvention, des völkerrechtlichen Vertrags zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, so ernsthaft und vorbildlich vorantreibt. Diesen Weg wollen wir Grüne weiterverfolgen, die Konzept-Weiterentwicklung sicherstellen und eine Koordinierungsstelle vor Ort aufbauen. Damit sind wir Grüne nicht allein, fraktionsübergreifend sind wir uns da in weiten Teilen einig. Wir haben uns in einem interfraktionellen Antrag zu Beginn dieser Ratsperiode darauf verständigt, dass in diesem Bereich nicht gekürzt wird, auch nicht, wenn es um sogenannte freiwillige Leistungen geht.

Aktuell ist diese Stelle für die Umsetzung der Istanbul Konvention im Büro der Gleichstellungsbeauftragten eine befristete Projektstelle, bei der die Stadtverwaltung den Rotstift ansetzen will. Wir wollen diese Stelle nicht auslaufen lassen, wir wollen sie dauerhaft. Denn Gewalt gegen Frauen hat hier in Karlsruhe keinen Platz, Gewalt gegen Frauen darf nirgendwo einen Platz haben.

Was Platz hat, ist unsere gesellschaftliche Vielfalt. Das ist kein romantisches Schönreden, sondern einfach Realität. In Karlsruhe leben Menschen verschiedenster Nationalitäten, Religionen, mit unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identität. Diese Vielfalt ist da und sie ist durch unser Grundgesetz geschützt.

Bisher gibt es in Karlsruhe mit dem La Vie ein queeres Jugendzentrum. Wir freuen uns, dass es diesen Ort als Schutzraum und als Ort für den Austausch gibt. Das hat nicht jede Stadt! Wir wollen aber, dass es auch einen solchen vergleichbaren Raum für Erwachsene in Karlsruhe gibt. QueerKastle versteht sich als Zentrum für queere Vielfalt in Karlsruhe. Doch noch ist es ein Zentrum ohne Raum. Wir wollen, dass die Stadt das Zentrum fördert, sodass ein physischer Raum, ein physisches Zentrum entstehen kann.

Darüber hinaus wollen wir als Grüne auch gesellschaftliche Initiativen und Veranstaltungen unterstützen, die sich für die Vielfalt in dieser Stadt einsetzen. Wir wollen allerdings hierfür nicht einzelne Vereine wie Pride Pictures e. V. oder den CSD-Verein per Haushaltsbeschluss unterstützen und dann wie in den anderen Fachbereichen jedes Jahr nachjustieren, wenn es um geringe Erhöhungen vielleicht geht. Was wir stattdessen wollen, ist ein Fonds zur Förderung der Sichtbarkeit und Stärkung der queeren Vielfalt hier in Karlsruhe, aus dem die Verwaltung dann einzelne Initiativen und Projekte unterstützen kann.

In der Karlsruher Jugendkonferenz wurde im März der Wunsch einer Regenbogenstraße eingebracht. Diese soll im Kontext des Projekts „MyCity.MyPlace“ umgesetzt werden. In diesem Projekt sollen Jugendliche selbstwirksam und aktiv die Stadt, in der sie leben, weiterentwickeln. Dieses Projekt ist Teil unserer IQ-Leitprojekts Innenstadtentwicklung. Wir Grüne wollen, dass dieser Wunsch der Jugendlichen umgesetzt wird und dass damit aus der Beteiligung handfeste Resultate folgen.

„MyCity.MyPlace“ – da könnte man auch an Abgrenzung und Abkapselung denken. Gerade wenn man in der aktuellen gesellschaftlichen Debatte die lauter werdenden Rufe nach Grenzkontrollen vernimmt, die Pushbacks auf dem Mittelmeer registriert und beobachtet, wie Europa Kooperationen mit Staaten anstrebt, in denen Demokratie und Menschenrechte einen geringen Stellenwert haben. Doch das ist das Gegenteil von Solidarität. Das ist nicht das Europa, in dem wir leben wollen. Das ist auch nicht das Selbstverständnis der Stadt Karlsruhe.

Wir Grüne stehen für eine weltoffene Gesellschaft und wollen keine Trennung in ein „Wir“ und „Die Anderen“, wir wollen allen Menschen in Karlsruhe eine lebenswerte Zukunft ermöglichen.

Es ist klar, dass wir mit einem kommunalen Haushalt keine europäische Migrations- und Außenpolitik machen. Aber die Integration, das ist unsere Aufgabe vor Ort. Wichtig für gelingende Integration ist, Zugewanderten, insbesondere Geflüchteten, gleichberechtigte soziale und berufliche Teilhabe zu ermöglichen – so früh wie möglich und unabhängig von ihrem Herkunftsland. Um das zu erreichen, wollen – müssen – wir die Ausländerbehörde zu einer Willkommensbehörde weiterentwickeln. Die gesetzlich vorgeschriebenen Beratungsaufgaben haben sich quantitativ und qualitativ stark verändert und sind intensiver geworden.

Wir wollen eine spürbare Verstärkung schaffen, und zwar durch eine Clearingfunktion. Diese Clearingstelle kann die Beratungsaufgaben insbesondere in komplizierten Fällen deutlich besser und bedarfsorientierter durchführen.

In diesem Zusammenhang wollen wir das Projekt „Perspektive Ausbildung“ zu einer dauerhaften Aufgabe machen. In Zeiten des Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels ist das eine Win-Win-Lösung. Durch berufliche Perspektiven erleichtern wir die Integration von Geflüchteten und können zugleich Ausbildungs- und Arbeitsplätze bei der Stadt besetzen.

Ausbildung ist ein Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft. Doch gerade in einer sich immer schneller entwickelnden Welt sind auch Weiterbildung und lebenslanges Lernen nicht zu vernachlässigen. Eine wichtige Institution für Weiterbildung, Integration und gesellschaftlichen Austausch ist die Karlsruher Volkshochschule.

Wir Grüne standen zu jeder Zeit hinter unserer Volkshochschule und werden diese Einrichtung von unschätzbarem Wert für unsere städtische Bildungslandschaft auch in Zukunft unterstützen.

Uns irritiert, dass die Stadtverwaltung diesen offensichtlichen Wert zum wiederholten Male nicht erkannt hat. Um die dauerhafte Stabilität unserer VHS zu gewährleisten, müssen wir den städtischen Mietkostenzuschuss weiterhin in voller Höhe von 700.000 Euro gewähren und diesen in künftigen Haushalten berücksichtigen. Wenn wir das nicht beschließen, dann können wir uns von der VHS in ihrer bisherigen Ausrichtung verabschieden. Ich frage mich wirklich, ob dies in Ihrem Sinne ist.

Ich möchte nun noch zu einer großen, freiwilligen Aufgabe kommen. Die Förderung der Kultur. Ja, das ist formal freiwillig, doch wir sind nahezu alle einig, dass wir die kommunale Kulturförderung eigentlich als unsere ideelle Pflicht und Verantwortung ansehen.

Kultur bereichert, eckt an, Kultur entspannt und macht Freude. Aber vor allem bringt sie die Menschen in unserer Stadt zusammen und ist somit entscheidend für die soziale Teilhabe aller Menschen. Viele Kultureinrichtungen und ganz prominent der Kulturring als deren Vertreter haben uns allen deutlich gemacht, in welcher schwieriger Situation sich die verschiedenen Institutionen befinden.

Wir wollen die kulturelle Vielfalt in unserer Stadt erhalten. Die vorgeschlagenen Kürzungen im Kulturhaushalt treffen vor allem die freien Kultureinrichtungen sehr hart. Die Forderungen des Kulturrings können wir nachvollziehen. Wir wollen die bestehende Situation, die für viele Einrichtungen noch immer sehr belastend ist, nicht noch weiter verschärfen.

Daher beantragen wir, dass die pauschalen Zuschusskürzungen um 1,5% bei den Einrichtungen der freien Kultur zurückgenommen werden. Ebenso wollen wir verhindern, dass durch Einsparungen oder durch immer weiter steigende Kosten einzelne freie Kultureinrichtungen nicht mehr weiter machen können. Hier wollen wir mit einem Nothilfefonds

das Kulturamt bzw. die Stadtverwaltung in die Lage versetzen, diejenigen Einrichtungen zu stützen, deren Existenz bedroht ist.

Die Einsparungen bei den großen Institutionen, die das auffangen können und in solchen Zeiten auch sollten, wie zum Beispiel das Staatstheater und das ZKM, diese können wir hingegen mittragen.

Einen Fall müssen wir hier explizit herausgreifen: Das neue P8, die Kulturdose, getragen vom Panorama e.V., wird nicht weiter existieren können, wenn wir die institutionellen Zuschüsse nicht deutlich erhöhen. Herr Oberbürgermeister, im Dezember 2021 haben Sie in den Haushaltsberatungen angekündigt, dass wir für kommende Haushalte die Finanzierung dieses Kulturzentrums klären müssen. Diese Beratungen sind bis heute ausgeblieben, daher müssen wir den Fortbestand per Haushaltsantrag einfordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Einsparungen bei den großen Institutionen, die das auffangen können und in solchen Zeiten auch sollten, wie zum Beispiel das Staatstheater und das ZKM, diese Einsparungen können wir hingegen mittragen und die machen auch den Löwenanteil aus.

In allen Haushaltsberatungen ist es aber wieder dasselbe Spiel, dass wir hier teilweise über Kleinstbeträge entscheiden müssen. Daher haben wir bereits 2021 gemeinsam mit den Fraktionen der SPD und der Linken gefordert, ein Konzept für die Dynamisierung der Zuschüsse an Kultureinrichtungen zu erarbeiten. Dies wurde grundsätzlich befürwortet, dennoch liegt bis heute noch kein Konzept auf dem Tisch. Daher haben wir nun erneut den Antrag eingebracht, damit wir endlich ein klares positives Signal an alle geförderten Kultureinrichtungen senden können: Unser Ziel ist es, im nächsten Haushalt endlich die Dynamisierung für die freien Kultureinrichtungen zu beschließen und dann zu erreichen.

Ich befürchte, dass einige schon wieder den Kopf schütteln und denken, wir GRÜNEN hätten das mit dem Sparen nicht verstanden. Denjenigen möchte ich gerne entgegen, dass Sie vielleicht nicht verstehen, was umfassende verantwortungsvolle Kommunalpolitik bedeutet. Denn zur Verantwortung gehört deutlich mehr als der Blick aufs Konto. Zur Verantwortung gehört, dass wir uns für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen einsetzen, dass wir das gesellschaftliche Zusammenleben stärken, dass wir die Vielfalt der Menschen und ihrer Lebensentwürfe sichtbar machen, und dass wir die Vielfalt des kulturellen Lebens in dieser Stadt erhalten.

Aber wagen wir dennoch einen Blick auf den Gesamthaushalt. Das, was wir als Fraktion beantragen, was wir insgesamt als Fraktionen gemeinsam beantragen, das bewegt sich im Promillebereich des Haushalts und ist weit geringer als die Unsicherheiten, die in einem solchen Haushaltsentwurf in dieser Größenordnung an sich einfach schon stecken.

Wir stellen die Anträge in einer Gesamtbetrachtung der wirklich drängendsten Themen. Wir haben selbst viele Anliegen, die uns am Herzen liegen, nicht in dem Maße berücksichtigen können, wie wir uns das gewünscht hätten. Und wir als Grünen-Fraktion haben im März zum Beispiel nicht einfach schon zugestimmt, als im Vorgriff auf die Haushalts-

beratungen einfach so beschlossen wurde, die Wertstofftonne beizubehalten und damit für Mehrkosten von rund drei Millionen Euro zu sorgen.

Ob dieser Beschluss im Sinne einer verantwortungsvollen Finanzpolitik entspricht, stellen wir erneut in Frage. Das können Sie auch gerne nach mir beantworten.

In diesem Zuge sollten wir uns auch daran erinnern, welche Großprojekte unseren Haushalt jetzt und in den kommenden Jahren in Millionenhöhe belasten: Dazu gehören unter anderem das Stadion im Wildpark und die Kombilösung, die jetzt voll zu Buche schlagen. Diesen immensen Investitionen haben wir nicht zugestimmt, weil wir die Folgekosten abgesehen haben.

Im aktuellen Doppelhaushalt war und ist die Beschränkung der städtischen Investitionen der massivste Eingriff seitens des Regierungspräsidiums. Dadurch werden die Sanierungen oder die Neubauten von Schulen, Kitas oder Sportstätten verzögert, teilweise auf sehr ungewisse Zukunft. Ob diese Beschränkung wieder in gleicher oder veränderter Form auferlegt wird, das wissen wir nicht. Wir können es nur vermuten.

Mit Blick auf die Zukunft sind sicherlich einige strukturelle Veränderungen notwendig. Damit meine ich jetzt keine public private partnerships, in denen wir dann in Zukunft unsere Infrastrukturen zurückmieten müssten. Damit sind einige Kommunen in der Vergangenheit auf die Nase gefallen. Dennoch sollten diejenigen Investitionen und Bauvorhaben neu betrachtet werden, die durch Gebühren, Mieteinnahmen oder andere Einkünfte refinanziert werden. In anderen Kommunen sind Aufgaben wie die Stadtentwässerung oder der Bau und die Verwaltung der städtischen Sportstätten in Eigenbetrieben organisiert.

In sechs Wochen ist es dann so weit, dass wir hier wieder zusammenkommen, um final über den Haushalt zu entscheiden. Ich wünsche uns viel Geduld und Durchhaltevermögen, konstruktive und verständnisvolle Beratungen, auch wenn das sicher unter den aktuellen Vorzeichen alles andere als ein Selbstläufer wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stadtrat Hofmann (CDU) vom Rednerpult sprechend: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Stadträte, sehr geehrte Damen und Herren Anwesende,

in früheren Jahren war es für den Vortragenden oft angenehm, die Haushaltsrede für die eigene Fraktion zu halten. Denn man konnte sich einerseits politisch positionieren und andererseits an die Bürgerinnen und Bürgern zusätzliche Leistungen verteilen. Leider haben sich aber die Zeiten und vor allem die finanziellen Rahmenbedingungen noch weiter verschlechtert:

Im von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergebnishaushalt werden wir 2024 voraussichtlich mit -37,9 Millionen Euro und im darauffolgenden Jahr mit -41,3 Millionen Euro abschließen. Besorgniserregend hierbei ist, dass die Haushaltssicherungsmaßnahmen in Höhe von rund 87 Millionen Euro schon eingerechnet wurden, obwohl sie noch nicht einmal vom Gemeinderat beschlossen worden sind. Das prognostizierte negative Gesamtergebnis ist auch kein einmaliger Ausreißer. Seit mehreren Jahren driftet das Verhältnis zwischen Erträgen und Aufwendungen auseinander: Auf struktureller Ebene geben wir seit Jahren mehr aus, als wir einnehmen.

Da hilft auch kein Schönreden oder Wegerklären, dass wir einer unausweichlichen gesamtwirtschaftlichen Situation ausgeliefert sind. Andere Städte machen ihre Hausaufgaben einfach besser: Im Vergleich mit allen baden-württembergischen Gemeinden und Städten liegt Karlsruhe laut statistischem Landesamt mittlerweile auf Platz 12 der höchsten pro-Kopf-Verschuldung mit 5.022 Euro pro Karlsruher. Vor der Corona-Pandemie lag Karlsruhe noch auf Platz 33. Wenn wir nicht schnellstmöglich konsequent gegensteuern, wird sich tendenziell auch nichts ändern. Im kommenden Jahr liegen die Kreditverbindlichkeiten bei über einer Milliarde Euro. Vor nicht einmal drei Jahren lag die Verschuldung noch bei nur 272 Millionen Euro. Die Geschwindigkeit nimmt Jahr für Jahr zu und ist schwindelerregend.

Die gesellschaftliche Entwicklung darf man hierbei natürlich nicht außer Acht lassen. Keine drei Monate nach unseren letzten Haushaltsberatungen hat Putin mit seinem durch nichts zu rechtfertigenden Angriff auf die Ukraine die Weltpolitik natürlich auch durcheinandergewirbelt.

Die drohende Not- und Mangellage im Jahr 2022 und die Suche nach alternativen Bezugsquellen für Energie haben sich als große Kostentreiber erwiesen. Verbraucherpreise stiegen. Die Teuerungsrate lag zeitweise so hoch wie während der Ölkrise 1973. Die Zinsen steigen immer noch. Unternehmen melden Insolvenz an. Aufträge in der Baubranche, im Handwerk und bei den Zulieferern brechen weg – mit all ihren Konsequenzen für die Stadt Karlsruhe. Wie ein Damoklesschwert hängt über allem noch ein großer Fachkräfte- und Personalmangel, der dazu führt, dass bestehende Aufträge nicht oder nur unter erheblicher Verzögerung erfüllt werden können. Die Menschen können sich immer weniger leisten – im Geldbeutel bleibt immer weniger übrig.

All dies sind Entwicklungen, denen wir in Karlsruhe mehr oder weniger tatenlos zuschauen müssen. Mit zusätzlichen Haushaltsanträgen können wir diese gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen mit allen Konsequenzen kaum bis gar nicht beeinflussen.

Aber der Blick auf Karlsruhe zeigt, es gibt durchaus genügend Bereiche, für die wir selbst verantwortlich sind, da wir in den letzten zwei Haushaltsjahren nicht an den richtigen Stellschrauben gedreht haben. Einige Projekte sind total aus dem Ruder gelaufen: Beispiel Stadthalle. 2014 hat der Gemeinderat 28 Millionen Euro zur brandschutztechnischen Modernisierung bereitgestellt. Ein Jahr später waren es schon 53 Millionen Euro. Heute reden wir über wenigstens 135 Millionen Euro. Das ist eine Preissteigerung von 400 Prozent. Von den jeweiligen Entscheidungen im Gemeinderat nehme ich unsere Fraktion auch gar nicht aus – wir haben ja schließlich mitgestimmt. So viel Selbstkritik muss sein. Aber unser JA im Gemeinderat lag oft daran, dass das Kind schon längst in den Brunnen

gefallen war oder wie im Falle der Stadthalle auch komplett etwas anders gemacht wurde, als zu Beginn angedacht war.

Es war zu jedem Zeitpunkt und wäre auch heute vollkommen unvernünftig, aus den notwendigen Modernisierungsmaßnahmen der Stadthalle auszusteigen, das gleiche Problem haben wir übrigens beim Staatstheater. Aber jetzt muss Schluss sein mit diesen katastrophalen Fehleinschätzungen bei Bauprojekten. Bei derartigen Großvorhaben brauchen wir Stadträte von Beginn an eine klare Kosten- und Planungsübersicht. Kein privater Bauherr lässt erst die Bagger anrücken und beauftragt dann einen Architekten mit der Planung.

Mein geschätzter ehemaliger Stadtratskollege Dr. Heilgeist hat das chronische Haushalts-Problem schon vor vielen Jahren beschrieben: „Wenn wir im Ergebnishaushalt nicht mit einem Überschuss abschließen, bekommen wir keinen ausgeglichenen Haushalt hin.“ Genau das tun wir aber in den letzten Jahren eben nicht mehr. Und um bei den Worten unserer Ersten Bürgermeisterin zu bleiben: „Karlsruhe hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.“

Noch immer haben wir in Karlsruhe zu hohe Standards, vor allem auch bei der Erfüllung derjenigen Aufgaben, zu denen uns der Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene verpflichtet. Zum Teil erfüllen wir nicht nur die Pflichtaufgaben, wir übererfüllen sie sogar – zum Beispiel im Bereich ‚Öffentliches Bauen‘. Von 3.800 DIN-Normen im Baubereich sind nur 20 Prozent gesetzlich einzuhalten. Wir leisten uns trotzdem immer noch fast alle. Meine Fraktion wird nicht müde, dies Jahr für Jahr in Haushaltsreden anzusprechen oder zu betonen. Selbst die Ampel-Regierung in Berlin geht in ihrem 14-Punkte-Plan in diese Richtung.

In diesem Zusammenhang fehlt uns auch immer noch die Gesamtübersicht, die dem Gemeinderat infolge unseres erfolgreichen Haushaltsantrags 2021 vorgelegt werden sollte: welche Pflichtaufgaben hat die Stadt Karlsruhe in welchem Umfang zu erfüllen und wo liegen wir drüber? Was ist gesetzlich vorgeschrieben und was genügt zur Mindesterfüllung?

Gerade beim Bauen kommunaler Gebäude sehen wir großen Optimierungsbedarf, und zwar ohne große Abstriche bei den Themen Barrierefreiheit, Sicherheit oder Umweltauforderungen zu machen. Wir denken hierbei an modulare Bauweisen, Typengenehmigungen, Low-Tech-Ansätze usw. Wir haben auch einen Feldversuch beantragt, in dem die vereinfachte Bauweise beispielsweise zusammen mit der Volkswohnung und dem KIT erprobt werden könnte. Oder warum soll nicht auch mal ein privater Investor einspringen, um ein denkmalgeschütztes Gebäude wieder zu sanieren? Siehe zum Beispiel das Markgräfliche Palais.

Viel zu oft machen wir den zweiten Schritt vor dem ersten. Angesichts der Haushaltslage müssen wir uns schleunigst davon verabschieden, heute schon die Planungen für das Überübermorgen anzustellen, ohne die Bedarfe zu kennen. Zuerst müssen unsere aktuellen Hausaufgaben erledigt werden und dazu müssen wir klar und deutlich priorisieren.

In anderen Bereichen wurden der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat Steine in den Weg gelegt. Trotz einstimmigem Beschluss und bestem Willen der Stadtverwaltung mussten wir bei der Grundschule am Wasserturm aufgrund der Anordnung des Regierungs-

präsidiums 2010 von der ursprünglichen Planung abweichen und den Schulhausbau kleiner auszuführen – mit dem Ergebnis, dass wir in der Südstadt-Ost zwar ein architektonisch hochwertiges Schulgebäude jetzt stehen haben, in dem heute aber Fluchtwege durch Schulbänke zugestellt werden oder in dem die Schüler ihr Mittagessen im Stehen einnehmen müssen, weil einfach nicht genug Platz da ist. Zusammen mit anderen Fraktionen haben wir eine Containerlösung beantragt. Die Container stehen zwar am Wildparkstadion seit Monaten leer, jedoch war es nicht möglich, sie rechtzeitig zu Schulbeginn neben der Schule aufzustellen und herzurichten. Kinder und Eltern benötigen und erwarten aber von uns Verlässlichkeit. Daher wollen wir sie mit ihren Bedürfnissen in diesem Haushalt besonders hervorheben.

Noch immer, und das kann man aus dem Haushaltsentwurf herauslesen, leisten wir uns in Karlsruhe auch den Luxus, auf Priorisierung effizienter Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes zu verzichten. Mit dem Kopf durch die Wand machen wir alles, auf dem das Etikett ‚Klimaschutz‘ steht, ganz egal, was es am Ende für das Klima bringt. Trotz auferlegtem Sparzwang in sämtlichen Bereichen legen wir hier noch einmal kräftig drauf: in diesem Doppelhaushalt stellen wir 80 Millionen Euro zur Verfügung – wenn diese Mittel zielorientiert abgearbeitet werden würden, wäre dies für uns in Ordnung. Doch 2021 haben wir 12 Millionen Euro nicht abgearbeitet und in den letzten Doppelhaushalt übertragen. Dieses Mal übertragen wir sogar 23 Millionen Euro in die Haushaltsjahre 2024 und 2025, weil die Umsetzung ausgeblieben ist. Viel Geld mag ja viel helfen. Aber bei den hohen Summen der jährlichen Überträge muss man sich schon fragen, wie effizient wir in der Umsetzung eigentlich sind: Wir haben uns mit dem Klimaschutzkonzept große Ziele gesetzt, doch auf dem Weg dahin verzetteln wir uns oft im Klein-Klein. Seit Jahren fordert die CDU-Fraktion ein Monitoring der Klimaschutzmaßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Priorisierung von CO₂-Vermeidungskosten.

Das heißt aber absolut nicht, dass wir im Bereich des Klimaschutzes Mittel kürzen wollen, denn wir erkennen die Notwendigkeit zum Handeln ganz klar an. Nicht umsonst haben wir auch im laufenden Haushalt viele Initiativen unter dem Gesichtspunkt Klimaschutz beantragt. Aber wir zweifeln an der Wirkung unterschiedlichster Maßnahmen, einfach, welchen Nutzen für das Klima haben z.B. dystopische Endzeitlesungen bei den „Kunstwochen für Klima und Umwelt“ und wieso muss der Bau eines Lebensmittelmarkts in Grünwettersbach immer wieder verschoben werden, nur weil man sich nicht einigt, ob das Dach nun mit Photovoltaik ausgestattet oder vollständig begrünt werden soll. Wir müssen dringend viel effizienter und aufgrund der Haushaltslage umso schneller werden. Wir fordern deshalb, diejenigen Maßnahmen zu priorisieren und zuerst anzugehen, die den größtmöglichen Effekt zur Einsparung von Treibhausgasen haben. Damit sind wir übrigens auch nicht allein: Unterstützung erhalten wir hierbei vom baden-württembergischen Umweltministerium, von der Landes-Energieagentur oder auch vom Deutschen Städtetag.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, im Namen der CDU-Fraktion möchte ich Ihnen noch sehr herzlich zur Präsidentschaft des baden-württembergischen Städtetags gratulieren. Sie sind jetzt zwar häufiger unterwegs, aber dadurch können Sie Karlsruhe eine noch viel stärkere Stimme verleihen. Daher möchten wir unsere Glückwünsche auch mit der dringenden Bitte verbinden, Ihren jetzt noch größeren Einfluss zu nutzen, um Bund und Land immer wieder auch an ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Kommunen zu erinnern. Hierbei denken wir insbesondere an das 49-Euro-Ticket, aber auch an das Städ-

tische Klinikum, den Anspruch auf Ganztagesbetreuung oder an unseren Gemeinderatsantrag, die Finanzierung von Frauenhäusern zur Pflichtaufgabe zu erklären. Denn wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen.

In Ihrer Haushaltsrede, Herr Oberbürgermeister, zitieren Sie sich selbst und nehmen Bezug auf Ihre Worte aus dem Jahr 2021: Es sei richtig, alles „auf das noch Mögliche oberhalb des absolut Nötigen zu beschränken“. Hier ist die CDU-Fraktion ganz auf Ihrer Linie. Danke für die klaren Worte. Allerdings ist es dann nur konsequent, wenn diese Worte auch strikt befolgt werden.

Erst in der Septembersitzung des Gemeinderats wurde die Verlegung der Haltestelle am Europaplatz mit all ihren Konsequenzen vorgestellt – ob Fußgängerzone oder verkehrsberuhigter Bereich in der Karlstraße –, aber ohne dass wir die genaue Planung und auch nicht die genauen Kosten kennen. Jetzt wird munter geplant und, wenn dann feststeht, was es kostet, haben wir den Salat und können nicht mehr zurück: Stadthalle und Staatstheater lassen grüßen. Obwohl die umliegenden Bürgervereine und der Handel diese Maßnahme ablehnen, soll sie nun umgesetzt werden, um eine weitere Nord-Süd-Verbindung für den Autoverkehr dicht zu machen. Gleichzeitig geschah der Beschluss im Angesicht der leeren Stadt-Kassen. Meine Fraktion hätte sich an dieser Stelle kreativere Lösungsvorschläge durch die Stadtverwaltung gewünscht, um einerseits mehr Aufenthaltsqualität zu bekommen, aber andererseits auch eine vernünftige Erreichbarkeit auch mit den Autos für den Handel zu erhalten.

Ein weiteres Beispiel wäre, wieso halten wir in Zeiten des Fachkräftemangels an einer sozialen Erhaltungssatzung in der Südstadt fest? Unserer Ansicht nach wäre der damit verbundene Bürokratie-, Personal- und Kostenaufwand in anderen städtischen Bereichen deutlich besser aufgehoben, z. B. in Kitas, beim KOD oder im Stadtplanungsamt, um längst ausstehende Bebauungsplanverfahren weiter voranzutreiben. Stattdessen wird dort das Personal eingesetzt, um von den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern aufwändige Genehmigungen zu verlangen. Von Beginn an haben wir als CDU-Fraktion deutlich gemacht, dass die Erhaltungssatzung das falsche Instrument ist, um einen unverhältnismäßigen Anstieg der Mieten in der Südstadt zu verhindern. Dies hat eigentlich auch die Stadtverwaltung zähneknirschend erkannt. Trotzdem hält die Mehrheit weiter an der Satzung fest. Meine Fraktion wird die Aufhebung beantragen und prüfen lassen, wie sich der Personalbedarf mit sechsstelliger Finanzauswirkung in andere Bereiche der Stadtverwaltung eingliedern lässt, die chronisch unterbesetzt sind.

Auf der einen Seite leisten wir uns Pläne und Personal zur Umgestaltung der westlichen Kriegsstraße oder zur Realisierung einer echten Fahrradstraße in der Sophienstraße und auf der anderen Seite verkünden wir existenzgefährdende Einsparungen im Kulturbereich. In der westlichen Kriegsstraße sollen Bewohnerparkplätze alternativlos gestrichen werden, gleichzeitig sollen die Inhaber von Parkausweisen künftig nicht 180 Euro, sondern doppelt so viel, also 360 Euro, hinblättern, ohne einen gesicherten Parkplatz zu haben. Und so etwas sollen Bürgerinnen und Bürger verstehen? Wo nehmen wir sie da mit bei unseren Entscheidungen? Einerseits erhöhen wir die Hundesteuer und andererseits sollen wir jetzt bei den Hundekotbeuteln einsparen.

Service- und Leistungsabbau auf der einen Seite und immer höhere Gebühren auf der anderen Seite, während wir neue Investitionen anstoßen und noch nicht einmal wissen,

woher wir das Geld dazu nehmen sollen. All das können die Karlsruherinnen und Karlsruher oft nicht mehr nachvollziehen. Ein weiteres Beispiel dafür – der Kollege hat es ja in einer anderen Sache schon erwähnt – die Fehlentscheidung bei der Abstimmung über die rote Wertstofftonne. Diese Fehlentscheidung konnten wir im Gemeinderat noch vor den Haushaltsberatungen abwenden – denn sie hätte vor allem eines bedeutet: Serviceabbau und Mehraufwand für die Karlsruher. Unser Ausgabenproblem können wir aber nicht den Bürgerinnen und Bürgern aufbürden. Mit der CDU-Fraktion wird es auch keine weiteren Steuererhöhungen geben. Ansonsten wenden sich in der Folge immer mehr Menschen ab oder wählen extreme Gruppierungen, die uns hier im Gemeinderat dann weißmachen wollen, dass sich all unsere Probleme lösen lassen, indem wir Ausländer abschieben, soziale Förderprogramme einstellen, alle Mittel aus dem Klimaschutzkonzept zusammenstreichen oder auf der anderen Seite Wohnungseigentümer enteignen. Dies kann und darf niemals eine Alternative für uns sein. Wir müssen aufhören, uns gegenseitig den schwarzen Peter zuzuschieben, wir müssen vielmehr in unseren Entscheidungen deutlich besser, schneller und transparenter werden und sie verständlich rüberbringen.

Als CDU-Fraktion sind wir 2021 bis an die Grenze des Belastbaren gegangen und mussten den Haushalt erst in letzter Konsequenz ablehnen, weil die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer für uns unverhandelbar war. Bei den anstehenden Beratungen wollen wir Ihnen aber allen die Hand zur konstruktiven Mitarbeit reichen.

Damit Sie sich vorab einen Eindruck verschaffen können, mit welchen Vorstellungen die CDU in die Haushaltsberatung geht, stelle ich Ihnen gerne einige Eckpunkte vor.

Zunächst erstmal den Dank an das Team der Haushaltssicherung, an die Stadtkämmerei und die Erste Bürgermeisterin. Vielen Dank für das Erstellen des Haushaltsplans, vor allem aber auch für die Übersicht über die fast 300 Haushaltssicherungsmaßnahmen. So können wir im Gemeinderat die notwendigen Entscheidungen fällen, um das strukturelle Defizit im Ergebnishaushalt zumindest ein bisschen zu stopfen. Eines muss uns aber dabei aber klar sein: Ohne eine starke Wirtschaft wird es keine Steuermehreinnahmen und keine Verbesserungen im Ergebnishaushalt geben. Das würde bedeuten, dass es dadurch keinen Handlungsspielraum für zusätzliche Leistungen für unsere Bürgerschaft gibt. In diesem Zusammenhang möchte ich auch zum wiederholten Male auf das Thema der fehlenden Gewerbeflächen hinweisen. Wir haben kaum noch Grundstücke und die vom Land angestrebte „Netto Null“ beim Flächenverbrauch, bedeutet absoluter Stillstand. Dies heißt dann aber auch: keine Flächen mehr für Schulen, Kindergärten, oder den dringend benötigten Wohnungsbau. Die Aufkaufstrategie der Stadt durch Ausübung von Vorkaufrechten konnte diesen Mangel nur kaum bis gar nicht kompensieren. Die CDU sieht insbesondere in der Stärkung der Wirtschaft sowie in der Ausweisung neuer Gewerbegebiete eine große Chance Steuermehreinnahmen zu generieren, um den Ergebnishaushalt wieder zu verbessern. Dies verbinden wir auch mit einem klaren Bekenntnis zum unverzichtbaren Handwerk in unserer Stadt. Wer sich so ein ambitioniertes Investitionsprogramm wie wir vornimmt, der muss auf ein starkes Handwerk bauen und braucht entsprechendes Fachpersonal. Wir werden daher die Pläne für ein Gründerzentrum für das Handwerk mit Nachdruck weiterverfolgen.

Den überwiegenden Teil der vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen können wir mittragen. Der Dank gilt daher den einzelnen Dezernaten und Amtsbereichen, die die unterschiedlichsten Einspar- und Ergebnisverbesserungsvorschläge ausgearbeitet haben.

Ich hätte nicht gedacht, dass dies so funktioniert. Von meiner Seite ein großes Lob, denn ich denke, Sie sind die Fachmänner, die auch wirklich wissen, woran man sparen kann.

Keinen Änderungsbedarf sehen wir bei den Budgetoptimierungen. Mittel, die in der Vergangenheit nicht gebraucht und nicht abgerufen wurden, können und müssen eingespart werden. Wir hätten diesbezüglich uns lediglich gewünscht, dass eine derart konzentrierte Aufgabenkritik schon bei den vergangenen Haushaltsberatungen vollzogen worden wäre.

Abgesehen von ausbleibenden Nachbesetzungen oder Altersaustritten mussten erfreulicherweise keine Einsparungen im Personalbereich über Entlassungen vorgeschlagen werden, dies war auch immer eine Grundforderung von uns. Trotzdem, und das dürfen wir nicht vergessen, bleiben viele Stellen unbesetzt. Wir müssen uns daher fragen, welche Aufgaben eine funktionierende Verwaltung zukünftig noch stemmen kann und muss, oder von welchen Aufgaben wir uns trennen müssen, da sie z.B. auch von Privaten geleistet werden können.

Deutlich schneller müssen wir definitiv im Bereich der Digitalisierung werden. Wie lange doktern wir schon an der E-Akte herum? Und wann gibt es endlich einen großen Wurf hin zu Online-Bürgerdiensten?

Eine weitere Haushaltssicherung, die wir auch im Gegensatz zu meinem Vorredner gerne mittragen, ist die Gewinnabführung von Beteiligungsgesellschaften an den Mutterkonzern. Dies haben wir schon bei den letzten Beratungen gefordert. Jetzt schlägt sogar die Stadtverwaltung eine verträgliche Gewinnabführung vor und macht damit deutlich, dass es sich um ein opportunes Vorgehen handelt. Die Volkswohnung hat den Rücklagen seit 2021 mehr als 23,2 Millionen Euro Gewinn zugeführt, sodass sich die Gewinnrücklage nun auf insgesamt 204,7 Millionen Euro beläuft. Der Vorschlag der Stadtverwaltung ist, 3,5 Millionen Euro zum Ausgleich des defizitären Haushalts abzuführen. Uns ist das etwas zu wenig. Daher runden wir auf 5 Millionen Euro auf, um eine Gegenfinanzierung für die Maßnahmen zu haben, die wir aus der Haushaltssicherung rausnehmen wollen.

Erheblichen Spielraum zur Ergebnisverbesserung sehen wir auch bei Planungswettbewerben und bei „Kunst am Bau“, für die die Stadt Karlsruhe Jahr für Jahr hohe sechsstelligen Beträge bereitstellt. Bei Zweckbauten sehen wir hier Handlungsbedarf – gerade bei Schulen und Kitas denken wir, dass „Kunst am Bau“ genauso spannend von motivierten Schülerinnen und Schülern umgesetzt werden kann. Sowohl Planungswettbewerbe als auch „Kunst am Bau“ wollen wir für alle Schul- und Kitabauten für die Dauer eines Doppelhaushaltes aussetzen. Die dadurch freiwerdenden Mittel müssen dafür verwendet werden, um zusätzliche Schulsanierungen schneller umsetzen zu können.

Um die Karlsruherinnen und Karlsruher nicht zusätzlich zu belasten, wollen wir, dass Kinder im Alter von vier Jahren auch in Zukunft keinen Eintritt im Zoo zahlen müssen.

Genauso sollen auch die Eintrittspreise in die Karlsruher Schwimmbäder maximal einmalig, aber nicht jährlich erhöht werden. Wie schon erwähnt, sprechen wir uns natürlich dafür aus, auf die vollkommen überzogene Verdoppelung der Bewohnerparkausweisgebühren zu verzichten. Außerdem wollen wir wie viele andere auch den Medienbus für die Karlsruher Stadtteile ohne Bibliotheksangebot erhalten.

Die Wildtiergehege erfreuen, Kinder, Familien und Touristen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Naherholung in Karlsruhe. Daher beantragen wir die Rücknahme dieser Haushaltssicherungsmaßnahme. Wie bereits aufgezählt, wollen wir auch den Einsparvorschlag bei den Hundekottüten zurücknehmen, da wir erst kürzlich die Hundesteuer moderat angehoben haben. Mit der CDU wird es auch wie jedes Jahr keine Einsparungen im Bereich unserer städtischen Weihnachtbäume geben. Absolut unverständlich ist für uns aber, die zehnpromzentige Zuschusskürzung bei den Karlsruher Bürgervereinen. Wir können es uns doch nicht leisten, das Ehrenamt zu beschneiden, da die Bürgervereine unser wichtigstes Sprachrohr für Bürgerinteressen sind.

Wir verstehen auch, dass unsere vielfältige Kulturlandschaft infolge der Corona-Pandemie und der hohen Inflation immer noch stark zu kämpfen hat. Deshalb wollen wir die Akteure nicht noch zusätzlich belasten, indem wir ihre Zuschüsse um 1,5% kürzen. Per Antrag werden wir die Zuschusskürzung zurücknehmen.

Für uns gilt: Leistung muss belohnt und darf nicht bestraft werden. Das Kammertheater ist zusammen mit den anderen Kulturbühnen und Theatern in Karlsruhe ein Beispiel unserer tollen Kulturlandschaft. Daher darf auch das Kammertheater nicht anders oder sogar schlechter gestellt werden.

Da wir beim Theaterhaus für das Sandkorn, das Jakobustheater und die Marotte seit Jahren immer noch auf eine Antwort der Verwaltung zu den strukturell baulichen Problemen warten, werden wir auch hier unterstützen.

Auch werden wir punktuell Entlastungen im Sozialbereich fordern. Diese Dinge sind für uns wichtig, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den sozialen Frieden in unserer schönen Stadt weiter aktiv zu fördern.

Unser wichtigstes Anliegen geht jedoch über diesen Haushalt hinaus. Weil wir überhaupt keinen Gestaltungsspielraum haben, müssen wir die wenigen Mittel priorisiert, effizient und zukunftsorientiert einsetzen. Im Haushalt für die kommenden zwei Jahre wollen wir daher noch stärker als dieses Mal den Schwerpunkt auf die Themen KITAS, Schulen und Bildung legen.

Als erstes wollen wir beantragen, dass sämtliche Bau- und Sanierungsvorhaben auf der Tränenliste, die sich dem Bereich Bildung zuordnen lassen, für den nächsten DHH kostenkontrolliert geplant werden, also so weit vorbereitet werden, dass sie so schnell wie möglich angestoßen werden können.

Ein Kernprojekt auf der Tränenliste ist das Sonderprogramm „Zukunft Schule“, das wir beschleunigen wollen, allerdings nicht wie angedacht für über 75 Millionen im Massivbau. Es handelt sich um ein zweckmäßiges, multifunktionales Ersatz-Schulgebäude in der Nordstadt, das allen Schulen zur Verfügung stehen soll, die ihre Räumlichkeiten aufgrund von Bau- und Sanierungsarbeiten nicht nutzen können, damit diese schneller und günstiger durchgeführt werden können. Eine solche Schule in Modulbauweise spart im Nachhinein nicht nur Kosten, sondern ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, auch während der Sanierungen in Ruhe dem Unterricht zu folgen.

Bei den bestehenden Schulgebäuden ist uns wichtig, dass die Bauunterhaltungsmaßnahmen weitergehen. Für alle städtischen Gebäude sieht die Stadtverwaltung hier ein Einsparpotential von 8,1 Millionen Euro. Diesen Einsparvorschlag tragen wir nur dann mit, wenn Schulen und Kitas davon ausgenommen werden. Wir können uns nicht leisten, dass hier der Putz von der Decke fällt oder dass Schultoiletten noch weiter vergammeln.

Wie bereits mehrfach erwähnt, müssen wir bei der Digitalisierung weiter Gas geben und nicht noch weiter den Anschluss verpassen. Aus diesem Grund lehnen wir den Vorschlag zur Einsparung von Glasfaser-Anschlüssen in Schulen natürlich ab.

Zwei Beispiele, bei denen das Kostenkontrollverfahren schon abgeschlossen ist, die aber nicht in das Investitionsprogramm der Stadt für den jetzigen Doppelhaushalt aufgenommen wurden, sind das Kinder- und Jugendhaus Südstadt und die Eichelgartensporthalle. Beide Vorhaben sind unserer Ansicht nach unaufschiebbar und werden daher schon in diesem Haushalt von uns beantragt.

Gelder dürfen unserer Ansicht nach auch nicht im Bereich der Horte eingespart werden. Die vorgeschlagene Haushaltssicherungsmaßnahme wollen wir zurücknehmen, da unserer Ansicht nach, eine eindeutige Wahlfreiheit bei der Betreuung der Kinder für die Eltern gewährleistet sein muss. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für uns unverhandelbar. Neben dem Fokus auf Schulen muss daher auch ganz klar eine Priorisierung der Bau- und Sanierungsvorhaben im Kita-Bereich erfolgen. Wir können uns nicht leisten, dass wir die Familien hier im Regen stehen lassen.

Eine zweimalige Erhöhung von Schulmittagessen ist unserer Ansicht nach unverhältnismäßig und trifft wieder die falschen. Die erste Erhöhung um 50 Cent pro Mittagessen tragen wir mit – aber es kann nicht sein, dass die Preise ab 1. Januar 2025 noch einmal um 50 Cent angezogen werden sollen. Der Zeitraum zwischen den Erhöhungen ist aus unserer Sicht viel zu kurz.

Bildung betrifft nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch Erwachsene. Lebenslanges Lernen in der Volkshochschule ist hier das Stichwort, daher werden wir uns auch dafür einsetzen, dass die Volkshochschule wieder den bisherigen Mietzuschuss erhält.

Sehr geehrte Damen und Herren, jetzt kennen Sie unsere Eckpunkte, mit denen wir in die Haushaltsberatungen gehen werden. Die städtischen Einnahmen decken seit vielen Jahren nicht mehr die Ausgaben. Das liegt daran, dass die Stadt einerseits immer mehr Aufgaben aufgehalst bekommt, andererseits daran, dass sie aber auch neue Aufgaben beginnt oder zum Teil auch auf Goldstandard-Niveau wahrnimmt. Diese Mehrkosten wollen wir als CDU-Fraktion den Karlsruherinnen und Karlsruhern gerade in diesen Zeiten nicht zusätzlich aufbürden.

(Der Vorsitzende: Herr Stadtrat, die Zeit ist um. Ich würde Ihnen zwei Minuten zu geben.)

Dankeschön. Die Weichenstellungen bei der Haushaltssicherung müssen an anderer Stelle erfolgen. Durch gut überlegte Priorisierung und ein Höchstmaß an Effizienz in allen Bereichen müssen wir Freiräume schaffen. Die dadurch entstehenden zusätzlichen Mittel, ins-

besondere durch eine starke Wirtschaft, wollen wir als oberste Priorität einsetzen, um vor allem bei Schulen und Kitas voranzukommen. Wir wollen die Menschen in unseren Entscheidungen transparent mitnehmen und laden Sie hierzu alle recht herzlich ein. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU-Fraktion)

Stadtrat Dr. Huber (SPD) (vom Rednerpult sprechend): Ich hoffe, dass Mehr auf der einen Seite, bedeutet nicht das Weniger auf meiner Seite, was die Redezeit anbelangt, Herr Oberbürgermeister.

(Heiterkeit, Zurufe)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Die Königsdisziplin des Gemeinderats ist die Aufstellung des städtischen Haushalts“. Das war das Erste, was ich gelernt habe, nachdem ich beschlossen hatte, hier in Karlsruhe, in meiner Heimatstadt Karlsruhe mich kommunalpolitisch zu engagieren.

„Die Königsdisziplin“ - das klingt erst mal kompliziert. Das klingt nach etwas, das man nur kann, wenn man sehr viel Erfahrung hat. Das klingt nach etwas, das abschreckt, wenn man neu ist.

„Die Königsdisziplin“ - ein Begriff der Macht und Einfluss suggeriert. Der zeigt, wozu der Gemeinderat fähig sein kann. Ein besonders hoher Anspruch.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, diese Haushaltsaufstellung fühlt sich nicht an wie eine „Königsdisziplin“. Eher wie ein Drahtseilakt. An einem Ende des Seils die Stadtverwaltung. Sie schwitzt vor Anstrengung, ist müde und geschafft. Anstrengende Einsparungen liegen hinter den Mitarbeitenden mit unangenehmen Fragen. Sie reichen uns Seiltänzerinnen und -täänzern die Hand und schauen dabei etwas ängstlich drein. Manche blicken mahnend auf den Boden, von wo aus sie das Regierungspräsidium fest im Fokus hat.

Auf der anderen Seite die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Die vielen engagierten, die lauten und die leisen. Die Initiativen und Institutionen. Die Familien, die Jungen und die Alten. Diejenigen die schon lange hier wohnen, diejenigen die neu sind und diejenigen die nur auf der Durchreise sind. Manche fordern mit Vehemenz, andere resignieren bereits.

Über uns schweben unsere Ideale und Wertvorstellungen, vielleicht auch das ein oder andere Parteiprogramm. Und unter uns? Der Boden der Tatsachen. Der Haushaltsplan. Die rote Zahl: minus 40 Millionen Euro in beiden Haushaltsjahren Defizit.

Was für eine Situation. Vom König, welcher die „Königsdisziplin“ ausübt, zum Drahtseiltänzer, bei dem jeder Schritt ein Risiko ist. Egal in welche Richtung er geht. Kommunalpolitik fühlt sich oft an wie ein Drahtseilakt, aber selten war die Fallhöhe so hoch. Dabei ist

Karlsruhe eigentlich eine prosperierende Stadt mit hoher Lebensqualität. Regelmäßig schneiden wir sehr gut ab bei den Städterankings.

- Wir sind Technologiestadt mit hoher Gründerdynamik und niedriger Arbeitslosigkeit.
- Wir sind eine Mobilitätsstadt, mit weitläufigem ÖPNV-Netz, mit hervorragenden Car-Sharing-Möglichkeiten und vorbildlicher Fahrradinfrastruktur.
- Wir sind eine Kulturstadt, in der alle Platz finden, von den großen Einrichtungen wie dem Badischen Staatstheater und dem ZKM bis hin zur Sub- und Breitenkultur.
- Wir haben ein Krankenhaus mit Maximalversorgung, das auch viele Menschen aus unserem Umland bestes medizinisch versorgt.
- Und nicht zuletzt sind wir eine herausragende Sozialstadt, mit einer Armutsbekämpfungsstrategie, die in Deutschland seinesgleichen sucht.

Insgesamt hat der Ergebnishaushalt der Stadt Karlsruhe, also die regelmäßigen Einnahmen und Ausgaben, ein Volumen von ca. 1.7 Milliarden Euro pro Jahr. Davon sind ungefähr 340 Millionen Euro sogenannte „freiwillige Leistungen“, also Dinge, die wir uns als Stadt leisten, obwohl wir dazu nicht gesetzlich verpflichtet sind. Das heißt, wir geben ungefähr 20% unseres Geldes dafür aus, dass unsere Bürgerinnen und Bürger mehr geboten bekommen, als der Gesetzgeber von uns verlangt. Ich finde, das ist eine beachtliche Zahl und erklärt auch, warum wir in Karlsruhe in vielen Bereichen so hervorragend aufgestellt sind.

Ich bin mir sicher, meinen Kolleginnen und Kollegen geht es auch so. In den letzten Wochen, wenn wir draußen waren, wenn wir mit den Menschen gesprochen haben über diesen Haushalt, da kam ganz oft die Frage: Was ist denn nun passiert, dass dieser 1,7 Milliarden Euro schwere Haushalt so ins Schwanken geraten ist?

Ich will am Anfang meiner Rede diese Frage, vor allem für die Öffentlichkeit, beantworten.

Wenn man die 40 Millionen Euro Haushaltsdefizit ins Verhältnis setzt zu den 1,7 Milliarden - also den 1.700 Millionen Euro Haushaltsvolumen - dann merkt man, dass es eigentlich nur ein verhältnismäßig kleiner Anteil ist. Es sind 2.4 % Defizit. Und wenn man das sagt, dann gucken einem die Menschen an und sagen, ja, gut, ist das jetzt wirklich ein Problem? Man muss aber ehrlicherweise sagen, ja, es ist ein Riesenproblem. Denn normalerweise stellt man einen Haushalt so auf, dass man einen Überschuss generiert. Denn diesen Überschuss braucht man für Investitionen. Das ist ganz analog zu unseren privaten Haushalten.

Das heißt in der Konsequenz bedeutet dieses geringe Haushaltsdefizit, dass wir all die Investitionen, die wir in Karlsruhe dringend machen müssen, also Schulsanierungen, Kindertagesstätten – wir haben schon viel heute gehört – Sporthallenbau, Fahrradwege, dass wir das alles nur mit Krediten machen können, also alles „auf Pump“. Und die Konsequenz ist klar, je mehr Schulden man hat, desto mehr regelmäßige Ausgaben hat man. Man muss die Schulden tilgen und die Zinsen bezahlen. Das heißt, wenn man das so erklärt, dann ist das Problem glaube ich für unserer Bürgerinnen und Bürger gut nachvollziehbar.

Eine logische Folgefrage lautet nun: Wie kommt denn dieses Defizit eigentlich zustande?

Wirft man einen Blick auf unseren städtischen Haushalt, dann sehen wir, dass die Einnahmen weniger stark steigen als unsere Ausgaben. Einen großen Block der Ausgaben stellen die Personalkosten unserer Stadtverwaltung dar. Diese steigen momentan stark. Das liegt nicht daran, dass wir hier unkontrolliert viele Menschen einstellen, sondern das liegt daran, dass die Löhne steigen. Das ist etwas, das wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehr gut finden und daran wollen wir logischerweise auch nichts ändern.

Schaut man etwas tiefer in den Haushaltsplan, dann fällt auf, dass es einen weiteren Block gibt, der den Haushalt stark belastet. Es sind vor allem zwei Tochtergesellschaften der Stadt Karlsruhe - die Verkehrsbetriebe und das städtische Klinikum - die jährlich ein dickes Minus verursachen. Der geplante jährliche Verlust im städtischen Klinikum beläuft sich auf 20 Millionen Euro, bei den Verkehrsbetrieben sind das 75 Millionen Euro im Jahr 2024 und 82 Millionen Euro im Jahr 2025. Bei beiden sind die 33 Millionen Euro Belastung für den Stadtbahntunnel noch nicht dabei.

Ich möchte an dieser Stelle ganz bewusst nicht falsch verstanden werden. Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen, dass wir beide Gesellschaften über allen Maßen hinaus schätzen. Sie erfüllen unglaublich wichtige Aufgaben für unsere Stadt. Wir sind stolz auf unseren ÖPNV in Karlsruhe, wir sind stolz auf das Städtische Klinikum. Wir sind zufrieden mit den jeweiligen Geschäftsführungen, denn sie arbeiten gewissenhaft und sie tragen keine Schuld an den Defiziten. Es sind vielmehr die äußeren Umstände, die schwierig sind. Denn sowohl die Krankenhaus- als auch die ÖPNV-Finanzierung werden von der Landes- und Bundespolitik geregelt. Das hat zur Folge, dass wir als Kommune so gut wie keinen Einfluss auf der Einnahmenseite haben, am Ende aber die Zeche bezahlen müssen!

Schauen wir uns das städtische Klinikum an. Die Einnahmen hier hängen von den sogenannten Fallpauschalen ab. Wir kennen die Fallpauschalen ja alle. Es sind festgeschriebene Sätze, welche regeln, wie viel die Krankenkassen pro Behandlung an das Krankenhaus bezahlen. Diese Sätze werden von der Bundespolitik geregelt und entziehen sich vollständig unserem Einfluss.

Beim ÖPNV hatten wir bis vor kurzem wenigstens noch den Einfluss über die Fahrkartpreise. Aber wir haben es ja schon gehört, die Einführung des Deutschlandtickets, die Einführung des Jugendtickets haben uns viele Möglichkeiten genommen, weil viele unserer Kundinnen und Kunden eben genau auf diese Tickets zugreifen. Ich möchte auch an dieser Stelle nicht falsch verstanden werden. Wir sind sehr glücklich über diese deutschlandweiten Tickets, weil sie einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende leisten, trotzdem nehmen sie uns als Kommune viel Handlungsspielraum. Wir brauchen mehr Möglichkeiten bei der Gegenfinanzierung des ÖPNVs. Die Einführung einer Citymaut oder eine Nahverkehrsabgabe, das könnten Werkzeuge sein, die uns dabei helfen, den ÖPNV gegen zu finanzieren. Für beides braucht es die Bundes- und die Landespolitik.

Das heißt, wir können zusammenfassend sagen, dass allein zwei Posten im Haushalt ein Defizit von 130 Millionen Euro verursachen und wir können so gut wie nichts dagegen tun. Das ist maximal frustrierend.

Unter großer Anstrengung hat es unsere Verwaltung geschafft, in einem mühsamen Prozess, immerhin ca. 90 Millionen Euro an Sparmaßnahmen zu identifizieren. Das heißt, sie haben es geschafft, $\frac{3}{4}$ dieses 130 Millionen schweren Defizits auszugleichen. Dafür wollen wir Ihnen, Herr Oberbürgermeister, aber auch Ihnen, Frau Erste Bürgermeisterin und allen Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung aufrichtig danken. Aber trotz großer Anstrengung, trotz Kreativität, bleibt ein Minus von 40 Millionen Euro, mit dem wir als Stadtpolitik nun umgehen müssen.

Wir danken Ihnen, Herr Oberbürgermeister, dass Sie trotz der misslichen Lage den Rotstift an vielen wichtigen Stellen in der Tasche gelassen haben. Wir danken Ihnen, dass auch in diesem Haushalt viele wichtige Mittel für Sozialpolitik und viele andere wichtige Bereiche zur Verfügung gestellt werden.

Ich möchte kurz für meine Fraktion auf die aus unserer Sicht wichtigsten Dinge eingehen.

- Zur Unterstützung armutsgefährdeter Familien und Kinder stehen für den Karlsruher Pass und den Karlsruher Kinderpass pro Jahr ungefähr 3 Millionen Euro zur Verfügung.
- Mit bis zu 200 Stellen bei der praxisintegrierten Ausbildung leisten wir mit jährlich 5 Millionen Euro als Kommune einen Beitrag gegen den Fachkräftemangel in den Kindertagesstätten.
- Zusätzlich stehen 1,5 Millionen Euro pro Jahr für Sprachförderung und Inklusion in den Karlsruher Kitas bereit. Damit schließen wir eine weitere Lücke, die uns die Landespolitik nicht schließen will.
- Auch im Schulbereich haben wir einen starken Haushalt: insgesamt stecken wir ca. 30 Millionen Euro in die Bauunterhaltung unserer städtischen Gebäude, vieles davon fließt in die Schulen. Darüber hinaus ist im kommenden Doppelhaushalt die Komplettsanierung der Walter-Eucken-Schule und der Neubau von Sporthallen im Schulzentrum Südwest in Oberreut und in der Hebelschule vorgesehen, insgesamt kostet das alles 42 Millionen Euro.
- Auch in diesem Doppelhaushalt werden wir mit der Karlsruher Wohnraumförderung insgesamt 2.8 Millionen Euro in bezahlbaren Wohnraum investieren. Damit helfen wir vor allem Familien mit geringem Einkommen, die vom angespannten Mietwohnungsmarkt besonders betroffen sind.
- Wir freuen uns, dass insgesamt 430.000 Euro für Vorplanungen zu der dringend benötigten Sanierung der freiwilligen Feuerwehrrhäuser eingeplant sind. Wir wissen, dass damit noch keine Sanierung erledigt werden kann, aber es lässt erkennen, dass wir das Problem und den Investitionsstau in den Gebäuden der freiwilligen Feuerwehren ernst nehmen und angehen.
- Mit Zuschüssen an den KI-Innovationspark, den Smartproductionpark und das Cyberforum sorgen wir jährlich mit einer Millionen Euro dafür, dass wir auch zukünftig ein top Technologiestandort mit zukunftsweisenden Arbeitgebern sein werden.

- Und zu guter Letzt: auch der Doppelhaushalt 24/25 legt einen seiner Schwerpunkte in den Bereich des Klimaschutzes, alles andere wäre für uns als SPD-Fraktion auch nicht tragbar. Insgesamt steht pro Haushaltsjahr der Rekordbetrag von 40 Millionen Euro zur Umsetzung unseres Klimaschutzkonzeptes zur Verfügung. Darunter sind erstmals auch dedizierte Mittel für die Klimaanpassung enthalten. In diesem Bereich fordern wir als SPD schon lange mehr Aktivität. Wir sind stolz, dass unsere Forderung nun zur Umsetzung kommen wird.

Sie sehen, dass wir auch in schwierigen Zeiten, den Kopf nicht in den Sand stecken und dafür danken wir der Stadtverwaltung. Trotz alledem gibt es in diesem Haushalt an der eine oder anderen Stelle aus Sicht der SPD-Fraktion dringenden Handlungsbedarf. Dabei handelt es sich - mit wenigen Ausnahmen - nicht um neue Projekte und Förderungen, sondern lediglich um die Rücknahme einiger weniger Sparmaßnahmen.

Ich möchte deshalb diesen zweiten Teil meiner Rede dafür nutzen, um über diese Handlungsbedarfe zu sprechen. Ich tue dies unter dem vorhin beschriebenen Leitbild des Drahtseilaktes, in der Balance zwischen Haushaltsstringenz auf der einen und den Erfordernissen, die wir als SPD-Fraktion in dieser Stadt sehen, auf der anderen Seite.

Ich möchte beginnen mit der Herzkammer der sozialdemokratischen Kommunalpolitik, dem Bereich Bildung:

Seit Jahren kämpfen wir als Karlsruher SPD dafür, dass die frühkindliche Bildung - im Wesentlichen die Kindertagesstätten - kostenfrei angeboten werden kann. Es ist uns dabei vollkommen klar, dass wir dieses Ziel hier in Karlsruhe nicht allein erreichen können, sondern, aber unsere Prämisse in den vergangenen Jahren war es immer: solange wir keine Kostenfreiheit erreichen können, passen wir die Kitabeiträge höchsten nach unten an!

Wir haben es gerade schon gehört, der vorliegende Haushaltsentwurf sieht eine Erhöhung der Kitagebühren um bis zu 65 € pro Monat vor. Betroffen sind nicht nur unsere eigenen Einrichtungen, sondern auch über die Zuschüsse, die Einrichtungen anderer Träger. Wir wissen, dass diese aber je nach Träger von den Eltern schon massive Gebühren verlangen. Diese würden durch die Zuschusskürzungen weiter steigen. Für uns als SPD gilt, in Zeiten der Krisen dürfen wir die Familien nicht unverhältnismäßig stark belasten. Deshalb können wir als SPD-Fraktion diese massive Steigerung nicht mitgehen. Wir fordern daher eine deutlich moderatere Erhöhung um allerhöchstens die Hälfte der geforderten Summe.

Als SPD-Fraktion verfolgen wir nicht nur das Ziel der kostenfreien Kita, sondern auch der Gebührenfreiheit in allen Bildungsbereichen. In den letzten Haushaltsberatungen haben wir hier auf Antrag der SPD-Fraktion ein Meilenstein der gebührenfreien Bildung in Karlsruhe erreicht. Erstmals wurden die Gebühren der Fachschulen halbiert. Leider sieht der vorliegende Haushaltsentwurf eine Wiedereinführung der Fachschulgebühren in voller Höhe vor. Das ist für uns als SPD-Fraktion nicht hinnehmbar, deshalb lehnen wir auch diese Sparmaßnahme entschieden ab.

Eine weitere wichtige Bildungseinrichtung in Karlsruhe ist die Volkshochschule. Sie erlaubt es den Bürgerinnen und Bürger sich bis ins hohe Alter fortzubilden. Sie ermöglicht es inte-

ressierten Menschen, sich auch jenseits der klassischen Bildungspläne fortzubilden. Durch das breite Angebot an Sprachkursen spielt die Volkshochschule darüber hinaus eine wesentliche Rolle in den Integrationsanstrengungen unserer international ausgerichteten Stadt. Wir alle wissen, dass sich die Volkshochschule in einer finanziell schwierigen Lage befindet. Nach unseren Erkenntnissen ist die Volkshochschule dauerhaft auf Mietzuschüsse angewiesen. Deshalb werden wir keine Alternative dazu sehen, auch in den kommenden beiden Jahren einen Mietkostenzuschuss für die Volkshochschule zu beantragen.

Ein weiteres wichtiges Thema für die SPD-Fraktion, das wir seit vielen Jahren eng begleiten, ist der Schutz von Frauen vor Gewalt. Der Europarat hat 2011 in Istanbul die „Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ als völkerrechtlichen Vertrag beschlossen. Die sogenannte Istanbul-Konvention verlangt umfassende Präventions-, Interventions- und Schutzmaßnahmen für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen oder bedroht sind. Zur Umsetzung der Konvention benötigt es auf kommunaler Ebene einer Koordinierungsstelle. In Karlsruhe wurde die Phase der Konzeptentwicklung bislang durch zwei befristete 50% Stellenanteile bei der Gleichstellungsbeauftragten abgedeckt. Diese Projektstellen laufen aus, die eine im März, die andere im Mai 2024. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention bleibt aber eine Daueraufgabe, die die Schaffung einer unbefristeten Koordinierungsstelle in Vollzeit notwendig macht. Deshalb werden wir eine solche Stelle für den kommenden Haushalt beantragen.

Bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention sind wir als Kommune vor allem auf die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen angewiesen. In Karlsruhe wird vor allem vom Sozialdienst katholischer Frauen und dem Verein zum Schutz misshandelter Frauen die Beratung betroffener Opfer geleistet. Wir wurden alle darüber informiert, dass die derzeitigen Stundenkontingente nicht ausreichen, um dem hohen Beratungsaufgebot gerecht zu werden. Deshalb werden wir auch hier Zuschüsse für die beiden genannten Vereine erhöhen wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zu einem weiteren ursozialdemokratischen Thema kommen, die Kulturförderung:

Ich möchte hier beginnen mit einem durchaus bekannten Zitat von Adorno. Er hat gesagt:

„Wer Kultur sagt, sagt auch Verwaltung. Ob er will oder nicht.“. Weiter hat Adorno gesagt „Sie [Anm. die Kultur] soll das Höhere und Reine sein, das, was nicht angetastet und zurechtgestutzt wird.“

Als Adorno sein berühmtes Referat formulierte, dachte er bei dem Begriff „zurechtgestutzt“ sicher nicht an Haushaltskürzungen. Er wollte vielmehr auf das Spannungsfeld zwischen staatlicher Förderung und freier Kultur hinweisen. Er wollte davor warnen, dass Kultur zur „Massenindustrie“ wird. Gott sei Dank, sind wir in Karlsruhe weit weg von „Kultur als Massenware“ - ganz im Gegenteil. Wir haben eine feingliedrige Kulturlandschaft, die so heterogen ist wie unsere Stadtgesellschaft. Meine Fraktion wehrt sich dagegen, den Erfolg von Kultur an Kennzahlen wie zum Beispiel der Zahl der Konsumentinnen und Konsumenten festzumachen. Vielmehr sind für die SPD-Fraktion die Vielfalt und die Freiheit der Kultur die entscheidenden Faktoren. Gerade aber weil Kultur keine Massenware ist, bedarf sie finanzieller Förderung. Wir sind stolz auf die Kulturförderung der

Stadtverwaltung und des Gemeinderats hier in Karlsruhe, gerade weil wir versuchen uns wenig einzumischen und die Freiheit der Kultur respektieren.

Die SPD-Fraktion war schon immer Streiterin für eine auskömmliche Kulturförderung hier in Karlsruhe. Wir sind entschiedene Unterstützer einer Dynamisierung der Zuschüsse. Wir wissen alle, welch einen Sprung die Miet- und Energiekosten in den letzten beiden Jahren gemacht haben, im privaten und im gewerblichen Bereich. Wir wissen, dass die Löhne im Kulturbereich aber gleichzeitig, wenn überhaupt, unterproportional gestiegen sind. Deshalb sehen wir uns, trotz der Haushaltslage, gezwungen, im kommenden Doppelhaushalt nicht nur die Kürzungen im freien, nichtkommerziellen Kulturbereich zurückzunehmen, sondern wir fordern die Dynamisierung der Fördersummen.

Ich möchte zum Schluss auf ein Thema zu sprechen kommen, das für die SPD-Fraktion schon immer zu einen der Kernthemen der kommunalpolitischen Arbeit hier in Karlsruhe waren, das Thema bezahlbares Wohnen:

Bis ins Jahr 2034 benötigen wir hier in Karlsruhe 14.000 neue Wohnungen. Allein das ist schon nahezu nicht zu bewerkstelligen. Bedenkt man, dass gleichzeitig heute schon jeder fünfte Haushalt als „durch die Miete überlastet“ gilt, also mehr als 40% seines Monats-einkommens für die Miete ausgibt, dann wird ganz klar: Wir brauchen händeringend mehr bezahlbaren Wohnraum! Das schärfste Schwert, das als Stadt haben im Kampf gegen rasant steigende Mieten, ist und bleibt die Volkswohnung. Sie schafft Wohnraum für alle, bezahlbar und möglichst barrierefrei.

Die Volkswohnung steht derzeit vor einer immensen Aufgabe: die Baupreise steigen ins Unermessliche, die Kreditkonditionen sind katastrophal und gleichzeitig muss neben der Schaffung neuer Wohneinheiten der Bestand hinsichtlich der geforderten Klimaneutralität möglichst schnell saniert werden. Wir können es deshalb als SPD überhaupt nicht nachvollziehen, warum ausgerechnet zu diesem Unzeitpunkt, eine Gewinnabschöpfung der Volkswohnung zur Stabilisierung des städtischen Haushalts vorgesehen ist.

Sehr geehrte Frau Finanzbürgermeisterin. So sehr ich Sie persönlich schätze, so vehement sage ich heute in ihre Richtung: Solange dieser Haushalt noch genehmigungsfähig ist, wird es mit der SPD-Fraktion keine Gewinnabschöpfung der Volkswohnung geben!

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss meiner Rede möchte ich noch auf das wichtige Thema der Gegensparmaßnahmen kommen. Als Sie, Herr Oberbürgermeister, vor drei Jahren den Haushaltssicherungsprozess gestartet haben, wurde die Prämisse ausgerufen „Ein Mehr auf der einen Seite, bedeutet gleichzeitig ein Weniger auf der anderen Seite!“. Ich glaube, das ist für uns als Stadträtinnen und Stadträte durchaus logisch und nachvollziehbar, aber es zeigt sich in der Praxis als unglaublich schwierig umzusetzen. Der vorliegende Haushaltsentwurf umfasst 570 Seiten. Viele davon sind Posten wie Sammelansätze, deren Inhalt für uns nahezu unmöglich ist aufzuschlüsseln. Viele Dinge sind miteinander verschränkt und die Auswirkung von unseren Sparvorschlägen sind für uns im Vorfeld in der Regel vollkommen unklar.

Ich möchte einige Beispiele machen: Im investiven Bereich ist es noch einigermaßen ein-

fach. Gemeinsam mit anderen Fraktionen wollen wir uns dafür stark machen, dass der Neubau des Jugendhauses in der Südstadt schon in diesem Doppelhaushalt angegangen wird. Dafür sollen die Sanierungskosten für die Stadthalle umgeschichtet und gestreckt werden. Das ist eine Gegensparmaßnahme, da für uns gut nachvollziehbar ist. Im Ergebnishaushalt, also gerade in dem Bereich, in dem wir die größten Schwierigkeiten haben, sind die Einschätzungen von Sparmaßnahmen aber für uns extrem schwierig.

Wir als SPD-Fraktion sehen unter anderem Potential bei der Einsparung der Erstwohnsitzkampagne mit jährlich bis 900.000 € und allgemeinen Gutachterkosten mit jährlich bis zu 200.000 €. Es ist für uns als Stadträtinnen und Stadträte aber fast unmöglich nachzuvollziehen, was Streichungen in diesen Bereichen zur Konsequenz hätten. Fehlen uns durch die Streichung der Erstwohnsitzkampagne am Ende Steuereinnahmen? Wenn wir die Gutachterkosten reduzieren, können dann am Ende wichtige Projekte nicht angegangen werden, gerade weil sie vorgeschaltete Gutachten zwingend erfordern?

Ich möchte sagen, dass wir prinzipiell sind als SPD-Fraktion daran interessiert, auch weitere Sparmaßnahmen zu diskutieren. Wir tragen ja schließlich auch einen Löwenanteil der vorgeschlagenen Einsparmaßnahmen mit, obwohl viele von ihnen uns tief in unsere sozialdemokratische DNA treffen.

Deshalb möchte ich die Haushaltsrede meiner Fraktion mit einer Zusicherung beenden: Wir werden alle seriösen Sparmaßnahmen, die sich in diesen Haushaltsberatungen noch zusätzlich ergeben werden, in aller Ernsthaftigkeit und ergebnisoffen mitdiskutieren und wir werden versuchen, auch durch eigene Sparvorschläge zur Reduzierung des Haushaltsdefizits beizutragen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorsitzende: Vielen Dank, insbesondere auch an die Disziplin der drei Beiträge. Ich darf damit die Sitzung unterbrechen bis 17:30 Uhr und würde Sie bitten, dass wir 17:30 Uhr hier pünktlich weitermachen.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:15 bis 17:38 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn sie Ihre Plätze bitte einnehmen. Ich darf, bevor wir die Liste der Reden fortsetzen noch zwei Mitteilungen machen. Zum einen darf ich, damit die Verwirrung nicht zu groß wird, feststellen, dass aus dem Kollegen Lukas Bimmerle der Kollege Lukas Arslan geworden ist und darf ihm in dem Zusammenhang zu seiner Hochzeit gratulieren und ihm alles Gute wünschen.

(Beifall)

Dass man bei der Gelegenheit auch noch in den Jungbrunnen fällt, kann man angesichts der Haarfarbe gut erkennen.

(Heiterkeit)

Zum Zweiten, wenn wir ein Landes- oder ein Bundesparlament wären, dann gäbe es einen Alterspräsidenten, aber damit der Alterspräsident ein Alterspräsident bleibt, muss er auch älter werden. Deswegen darf ich zum heutigen Geburtstag dem Kollegen Tom Høyem ganz herzlich gratulieren. Schön, lieber Tom, dass du heute bei uns bist.

(Beifall)

Den Blumenstrauß überreiche ich dann nach der Sitzung. Du hast um eine kurze persönliche Erklärung gebeten.

Stadtrat Høyem (FDP): Nur drei Bemerkungen: Erste Bemerkung, diesen Monat ist es genau 60 Jahre her, seit ich zum ersten Mal ein politisches Mandat bekommen habe. Ich habe das nicht an einem einzigen Tag bereut politisch aktiv zu sein. Das war eine von drei Bemerkungen. Die zweite Bemerkung, es ist mein letzter Geburtstag als Stadtrat und deshalb ist es wunderbar, das mit euch zu feiern. Es war die Möglichkeit, deshalb habe ich dieses kleine Geschenk weitergegeben. Die dritte Bemerkung, als ich angefangen habe als Minister in der dänischen Regierung, hat der Staatsminister an der absolut ersten Sitzung gesagt „Liebe 21 Minister, kein Alkohol vor 18 Uhr, mit einer Ausnahme: Gammel Dansk“. Der Grund, warum ich das hier verteilt habe ist, dass es einen kulturellen und sprachlichen Unterschied zwischen meinem Heimatland Dänemark und Deutschland gibt. Gammel bedeutet in Deutsch „Gammelfleisch“ – negativ, in Dänisch ist es nur positiv. Gammel Dansk bedeutet Qualität und der Titel Gammel Dansk ist gerade das, was ich bin. Ich bin Gammel und ich bin Dansk. Ich freue mich sehr, das mit euch zu feiern.

(Beifall)

Der Vorsitzende: Die einen schmuggeln Alkohol nach Skandinavien, die anderen schmuggeln ihn raus. Vielen Dank, dass du uns an dem Rezept für ewiges Leben hier teilhaben lässt. Das tut uns sicher allen ganz gut, aber bitte nicht während der Sitzung. Das gibt ein schlechtes Vorbild hier für die Öffentlichkeit.

(Heiterkeit)

Wir setzen damit die Haushaltsreden fort.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI) vom Rednerpult sprechend: „Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen“ Herbert Wehner

Liebe Karlsruherinnen und Karlsruher, Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich werde in meiner heutigen Haushaltsrede über die Kunst des Notwendigen reden. Darüber, was aus unserer Sicht notwendig ist, um die Stadt zukunftsfähig aufzustellen.

Wir leben in einer bewegten Zeit. Alles ändert sich. Vieles beunruhigt die Menschen. Das bisher sicher Geglaubte, scheint keinen Wert mehr zu haben. Das hat unmittelbare Auswirkungen auf unser Zusammenleben.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben kürzlich Ihre Sorge geäußert, dass die Unzufriedenheit der Menschen, möglicherweise große gesellschaftliche Verwerfungen hervorruft. Diese

Sorge teilen wir. Als demokratisch gewählte Entscheidungsträger in der Kommunalpolitik müssen wir die Kunst beherrschen, direkt bei den Menschen zu sein. Wir müssen frühzeitig spüren, wo der Schuh drückt. Wir müssen ins Gespräch kommen, bevor die Verdrossenheit wächst. Denn wir müssen uns tatsächlich ernsthaft Sorgen um unsere Demokratie und um den Zusammenhalt der Gesellschaft machen. Wir müssen die Kunst beherrschen, nicht nur zuzuhören, sondern ernst zu nehmen und umzusetzen.

Heute geht es um den städtischen Haushalt. Das Instrument, mit dem wir ganz konkret die Lebenswirklichkeit der Menschen in Karlsruhe gestalten. Und es geht um die Kunst einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.

Der OB sagt: Sparen ist das oberste Gebot. Wir sagen: aber an den richtigen Stellen.

Viel wichtiger für uns: Wir müssen uns um das „Heute“ der Menschen kümmern. Gelder an den falschen Stellen streichen, ist gefährlich, verstärkt Verunsicherung und Verdrossenheit Und um es gleich beim Namen zu nennen: Soziales und Kultur sind für uns definitiv die falschen Bereiche, um zu sparen!

Unsere vielfältige Kultur ist der Kitt unserer Gesellschaft. Das „Heute“ der Menschen findet darin Ausdruck. Deshalb ist es unerlässlich, kulturelles Leben in Karlsruhe zu fördern – in all seiner Vielfalt. Wir müssen die Kunst beherrschen, Kultur, Kultur sein zu lassen, ihr Raum und Geld zu geben. Denn Kunst- und Kultureinrichtungen ermöglichen und weiten den gesellschaftlichen Diskurs. Sie verbinden Menschen und stärken somit unsere demokratischen Freiheiten.

Zu Karlsruhes Stärken gehört eine vielfältige und bunte Kunst- und Kulturlandschaft. Als Stadt müssen wir uns auf diese Stärke besinnen. Eine vielfältige Kulturlandschaft ist zentraler Bestandteil einer lebendigen Stadtgesellschaft. Sie ist nicht zuletzt auch ein Faktor für Karlsruhe als attraktiver Wirtschaftsstandort. Nur wo es sich attraktiv leben lässt, ziehen Fachkräfte hin.

Als wir heute hier ins Rathaus gekommen sind, haben wir den Protest der freien Kulturschaffenden gesehen. Vielen dieser Kultureinrichtungen geht es finanziell schlecht. Wir stehen im engen Austausch mit den Karlsruher Kultureinrichtungen und wir sehen die beschriebene Not schon lange. Die jetzt vorgesehene Kürzung des Zuschusses für die Einrichtungen um 1,5% ist der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Der Ernst der Lage ergibt sich aus der seit Jahren gleichbleibenden Förderung bei gleichzeitiger Kostensteigerung. Und diese hat sich durch die Krisen der letzten Jahre dramatisch erhöht. Viele Einrichtungen kommen nur noch über die Runden, weil viele der Kulturschaffenden nicht angemessen bezahlt werden. Das grenzt teilweise an Selbstausbeutung. Eine sozialorientierte Stadtpolitik darf das nicht hinnehmen.

Wir haben verpasst die Kulturförderung zu dynamisieren. Das ist das eigentliche Problem. Dem werden wir mit einem entsprechenden Antrag entgegentreten.

Der Deutsche Städtetag hat 2015 ein Positionspapier herausgegeben: „Kulturpolitik als Stadtpolitik“. Vieles davon ist heute noch aktuell. Dort heißt es: „Kommunale Kulturpolitik muss die unterschiedlichen kulturellen Orientierungen aller Bevölkerungsgruppen in der Stadt wahrnehmen und [...] Verantwortung für den öffentlich zu finanzierenden Teil

der kulturellen Infrastruktur übernehmen.“ Der Städtetag fordert, eine Neuausrichtung der Kulturpolitik und diese als Stadtpolitik zu begreifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen entscheiden, wie sich unsere Stadtgesellschaft weiterentwickeln soll. Verwalten wir ein „Weiter so“ und zwingen wir die Kultureinrichtungen sich von DHH zu DHH zu schleppen? Oder nutzen wir das Potential von Kunst und Kultur um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken? Die Antwort ist aus Sicht meiner Fraktion völlig klar. Für uns ist Kulturförderung ganz konkret eine Investition in die Zukunft Karlsruhes. Wenn wir als Stadt jetzt nicht helfen, bleibt vielen freien Kultureinrichtungen nur eins: Aufgeben. Das ist für uns keine Option.

Wenn wir von den Verwerfungen in der Gesellschaft reden und uns um unsere Demokratie sorgen, gilt es besonders: Wir müssen die Kunst beherrschen, jede und jeden mitzunehmen, alle Menschen mitzudenken.

Das fängt bei den Kleinsten an. Kinder brauchen sichere Entwicklungsräume: in den Straßen ihres Viertels, auf Spiel- und Bolzplätzen, in Freibädern oder in naturbelassenen Räumen. Deshalb sollen Kinder und Jugendliche mitentscheiden:

- bei der Planung von Aufenthaltsorten, die für sie gedacht sind.
- bei Planungen von Wohnbebauung und Begegnungsorten.

So zeigen wir früh: Beteiligung in einer Demokratie lohnt sich.

Ein solch sicherer Ort ist das Kinder- und Jugendhaus (KJH) Südstadt. Das Gebäude, weist gravierende bauliche Mängel auf. Der enorme Sanierungsbedarf rechtfertigt einen Neubau. Die Planungen dafür sind abgeschlossen. Mitarbeitende, Kinder und Jugendliche erwarten zu Recht, dass es hier endlich losgeht. Diese Mittel müssen wir jetzt freigeben.

Gleiche Chancen für alle können wir schaffen, wenn jedem Kind der Besuch einer Kindertageseinrichtung offensteht. Dafür brauchen Kitas mehr Personal und Budget. Wir müssen den Trägern der Kitas das finanzielle Rüstzeug geben, den Ausbau der Kitaplätze zu stemmen, ohne die enorm gestiegenen Kosten auf dem Rücken der Eltern abzuladen. Wir müssen Anreize für den Beruf der Erzieherin/des Erziehers schaffen. Nur dann können wir eine verlässliche Kinderbetreuung gewährleisten. Wenn wir hier investieren, investieren wir nicht nur in unsere Zukunft, sondern machen ganz konkret das „Heute“ von Eltern, Kindern und Kitapersonal leichter.

In den Karlsruher Schulen herrscht ein besorgniserregender Sanierungsstau. Instandhaltungsmaßnahmen, Sanierungen und Digitalisierungen der Schulräume und Verbleib von Schulgebäuden und Inventar in öffentlicher Hand haben Vorrang bei Finanzdiskussionen. Auf diesem Feld kommen wir leider nicht so voran, wie es erforderlich ist.

„Alle mitdenken“ heißt für uns auch, „den Leisen eine Stimme geben“. Es gibt Menschen in Problemlagen, denen fehlt die Energie und Zeit sich selbst zu vertreten. Hier ist die Stadt gefordert. Deshalb werden wir uns auch für eine Stelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention einsetzen. Frauen, die Gewalt erfahren, sind meist still. Wir sind in der Pflicht, diesen Frauen und ihren Kindern schnelle und einfach zugängliche Angebote zu machen. Auch Sie, Herr Oberbürgermeister, wollen, dass die Istanbul-Konvention vollständig umgesetzt wird.

Eine der größten, auch finanziellen, Herausforderungen einer sozialen Stadt ist die Umsetzung einer inklusiven Stadt. Inklusion ist ein Menschenrecht. Inklusion darf nicht als Kostenfaktor gesehen werden. Hier brauchen wir aufsuchende Hilfen, die Berechtigte über Fördermöglichkeiten beraten und bei Formalitäten unterstützen. Denn wir wollen, dass Karlsruhe zur „Modellstadt Inklusion“ wird. Die Stadt soll eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und einer individuellen Auslegung des Bundesteilhabegesetzes einnehmen.

Gerade Kinder und Jugendliche mit speziellen Förderbedarfen und Behinderung brauchen besondere Rahmenbedingungen, um gleichwertig am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Wir wollen erreichen, dass eine inklusive Beschulung nicht Ausnahme, sondern Normalität wird. Dazu gehört auch, dass Nachmittags- und Ferienbetreuung auch für Kinder mit Behinderung die Regel ist. Dafür notwendig ist die Ausweitung von Schulbegleitungen, pädagogischen und begleitenden Hilfen, der Eingliederungshilfe generell. Dafür müssen wir die Finanzierung dieser Hilfen sicherstellen und die Vergütung anpassen. Zudem müssen Planungen für Neu- und Umbauten von Schulen, Kitas und Jugendhäusern die notwendigen Raumbedarfe mitdenken.

Es braucht mehr barrierefreien Wohnraum, gerade auch für Familien. Neben barrierefreien oder barrierearmen Wohnungen für Seniorinnen und Einzelpersonen wie Studierende braucht es dringend große barrierefreie Wohnungen für Familien und Wohngruppen, in denen Menschen mit Behinderung leben. Besonders für inklusive Wohngruppen, in denen Menschen mit und ohne Behinderung leben, sehen wir Bedarf. Wir fordern deshalb die Volkswohnung als städtische Tochter dazu auf, hier zu investieren. Denn mehr Vielfalt und Inklusion fördert die Lebensqualität in der Stadt.

Und als kommunalpolitisch Verantwortliche müssen wir die Kunst beherrschen, unsere Stadt lebenswert zu gestalten. Den Zielrichtungen des Räumlichen Leitbilds der Stadt Karlsruhe kommt dabei eine große Bedeutung zu.

Karlsruhe verändert sich ständig. Wir müssen die Kunst beherrschen, die Menschen in Stadtplanungsprozesse einzubeziehen. Erfolgreiche Stadtplanung schöpft die Möglichkeiten zur Teilnahme am Dialog und an Entscheidungen aus. Transparente Verfahren bilden die elementare Voraussetzung für Bürgerbeteiligung. Die Ergebnisse dieser Prozesse müssen von der Stadtplanung und uns, dem Gemeinderat, ernst genommen werden. Aber auch die Verwaltung hat hier noch großes Lernpotenzial. Aktuelles Beispiel: Westliche Kriegsstraße. Oder zur Kaiserstraße, hier wünschen sich die Menschen mehr Grün. Das soll auch kommen. Trotzdem fallen erstmal Bäume. Viele fragen sich: Wie soll das zusammenpassen?

Auch diese Kunst müssen wir beherrschen: Maßnahmen verständlich erklären, Sorgen, Ängste und Anregungen der Menschen ernst nehmen, das Engagement der Menschen in Karlsruhe für ihre Stadt unterstützen.

Auch wenn Karlsruhe eine junge Stadt ist, haben wir Quartiere mit historischem Charakter. Die Menschen identifizieren sich mit ihren Quartieren. Das historische Erbe Karlsruhes anzunehmen, zu erhalten und trotzdem weiterzuentwickeln ist die große Kunst gelungener Stadtplanung. Die Baumaßnahmen südlich des Rondellplatzes auf der Via Triumphalis

bis zur Kriegstraße sind dafür ein gutes Beispiel. An diesem zentralen Punkt brauchen wir eine dem Stadtraum angemessene Gestaltung, die unser historisches Erbe im Blick hat.

Eine der größten Herausforderungen, die wir heute zu bewältigen haben, ist der Klimawandel. Ich spreche hier bewusst nicht von der Zukunft. Denn wir merken bereits jetzt: es ist ernst. Deshalb müssen wir bei der Stadtplanung die Kunst beherrschen, Wohnraum zu schaffen oder Straßenraum umzugestalten und gleichzeitig Städtisches Grün zu erhalten und auszubauen. Biodiversität ist zentral für die klimatische Entwicklung in und außerhalb der Stadt. Auch hier werden wir investieren müssen.

In verdichteten Ballungsräumen, bspw. innerhalb von Blockrandbebauungen ist der Schutz des bestehenden Stadtgrüns besonders wichtig für das städtische Mikroklima. Hier müssen wir unbebaute Flächen schützen. Grüne Oasen wirken Hitzeinseln entgegen und stehen für die wohnungsnaher Erholung. Wir benötigen deswegen ein Projektteam, das einen flächendeckenden Bebauungsplan für die Innenstadt erarbeitet, sodass geschützte Grünflächen, Dachbegrünung und Regenversickerung vor Ort zum Standard werden. Viel zu oft wird bei Neubauvorhaben und Umgestaltungen auf den gewachsenen Baumbestand kaum Rücksicht genommen. Einen gesunden Baum ohne Not und ohne bestechende Gründe zu fällen, ist aber der falsche Weg. Dass mehr Grün und eine Verbesserung des Stadtklimas auch bei Neubauten möglich sind, zeigen viele zukunftsweisende Projekte in anderen Städten. Wir sollten als Gemeinderat mutiger sein, entsprechende Anforderungen an Planende zu stellen. Gleichzeitig müssen Planungs- und Genehmigungsprozesse verschlankt werden. Hier in eine entsprechende Infrastruktur zu investieren, wird uns am Ende Geld sparen.

Wir unterstützen zudem die Idee eines Landschaftsparks, der die Flächen des Regionalverbands miteinbezieht und den bestehenden PAMINA-Rheinpark weiterentwickelt. Dadurch entsteht ein wichtiges Naherholungsgebiet.

Stadtplanung kostet Geld. Vor allem weil wir dafür viel Personal brauchen. Und der Stadt fehlt laut unserer Finanzbürgermeisterin Geld. Nicht zuletzt, weil wir uns in den letzten Jahrzehnten einige teure Großprojekte geleistet haben. Deshalb muss der Gemeinderat auch die Kunst beherrschen, loszulassen. Denn wir sind wieder dabei, ein weiteres, teures Projekt auf den Weg zu bringen: Die geplante Verlängerung der Turmbergbahn wird in ihrer aktuellen Planung zu einem gravierenden Einschnitt in das Stadtbild führen. Dabei scheinen weder städtebauliche noch klimatische Aspekte Beachtung gefunden zu haben. Sicher ist nur, es wird viele Millionen kosten. Die Kosten binden Mittel, die in den Bereichen fehlen werden, die das „Heute“ der Menschen leichter machen: in der Kultur und im Sozialen. Das halten wir für unverantwortbar.

Mobilität mit den Vorgaben Umweltverträglichkeit und Klimafreundlich neu zu denken – auch das ist eine Kunst. Wir brauchen mehr ÖPNV. Aber auf Strecken, die den Menschen in Karlsruhe mehr Verbindungen ermöglichen, als den Karlsruher Hausberg zu erklimmen. Wir brauchen ein in der Fläche ausgebautes Netz, eine enge verlässliche Taktung. Wir stehen für den Ausbau des Radwegenetzes. Wir setzen uns für mehr Tempo 30-Zonen ein und für eine deutlich ausgeweitete Fußgängerzone in der Innenstadt. Dort möchten wir Gelder aus unserem Investitionshaushalt sehen und nicht im millionenteuren Umbau einer Freizeitbahn.

Kommen wir nochmal zurück zu der Kunst einen ausgeglichenen Haushalt zu gestalten. Sie haben von uns hauptsächlich gehört, wo wir mehr investieren wollen. Wir sehen unsere Verantwortung auch nicht darin, herauszufinden, wo im städtischen Haushalt Einsparpotentiale sind. Kollege Huber hat ja diese Schwierigkeiten auch gesehen, dies herauszufinden. Unsere Verantwortung ist es, eine politische Entscheidung zu treffen, wofür öffentliche Gelder eingesetzt werden. Wir wissen, dass es für Städte und Gemeinde zunehmend schwierig wird, ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Das gilt auch für Karlsruhe. Eine bessere Finanzierung der Kommunen durch Land und Bund zu erreichen, liegt nicht in unserer Hand, ist aber existenziell.

Denn die Folgekosten eines rigorosen Sparkurses werden immens sein. Ja, aufgehäuften Zinsen werden eine Last für zukünftige Generationen sein. Aber die Kosten infolge eines Sanierungsstaus werden eine noch größere Belastung darstellen. Viele aktuelle Probleme wurden schließlich auch durch unterlassene Sanierung in den zurückliegenden Jahren verursacht. Die Folgen rigorosen Sparens werden das Leben im „Heute“ für viele Menschen noch mehr beschweren. Wir sehen mit großer Sorge die wachsenden sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft. Wir sorgen uns um unsere Demokratie. Und gerade deshalb müssen wir heute investieren in eine offene und vielfältige Gesellschaft – durch eine gesicherte Finanzierung von Kultur- und Bildungseinrichtungen, durch die Stärkung einer inklusiven Gesellschaft. Wir müssen investieren in Maßnahmen, die das Leben in der Stadt weiter lebenswert machen – durch eine von Bürgerinnen und Bürgern mitentwickelte Stadtplanung, durch Klimaschutz, der im Hinterhof beginnt.

Lassen Sie uns die Kunst beherrschen, das Notwendige möglich zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei KAL/Die PARTEI)

Stadtrat Hock (FDP) vom Rednerpult sprechend: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Öffentlichkeit, Michael Ende schrieb 1979 den Klassiker der Kinder- und Jugendliteratur „Die unendliche Geschichte“. Der Großteil der Handlung spielt in einer Parallelwelt, Phantásien genannt, die durch das „Nichts“ zerstört wird – immer größere Teile des Reiches verschwinden einfach, ohne dass etwas davon zurückbleibt.

Während ich in der Vorbereitung auf den heutigen Tag die Haushaltsrede des Oberbürgermeisters studierte, staunte ich nicht schlecht, welche Parallelen zu Endes Jugendbuch sich auftraten. Wie die Welt in dem Buch, wird auch die Rede des Oberbürgermeisters von einem großen Nichts bedroht. Die Inhaltslosigkeit mancher Passagen ist alarmierend. Die Tatsache, dass zu keinem der drängenden Probleme Karlsruhes ein Lösungsvorschlag gemacht wird, stimmt traurig.

Bei Michael Ende können wir zumindest mit dem Glücksdrachen Fuchur und dem Kämpfer Atréju mitfiebern, ob sie ihr Land retten werden. Bei der vorliegenden Rede des Stadtoberhauptes hat das Nichts bereits gewonnen. Gleichzeitig mit dieser nihilistischen Rede kündigten Sie, Herr Dr. Mentrup an, in der nächsten Zeit nicht so oft in Karlsruhe zu sein. Herr Oberbürgermeister, Sie hinterlassen ein Nichts und verlassen das Schiff. Sie haben die Stadt in den Schuldensumpf geführt und übernehmen jetzt keine Verantwor-

tung.

(Unruhe im Saal)

So entsteht zum Beispiel der Eindruck, Sie haben die städtischen Gesellschaften nicht im Griff. Deren Defizite sind horrend gestiegen. Der vorliegende Haushalt ist in Schieflage. Die Finanzdezernentin weist sogar selbst darauf, dass nicht die Einmaleffekte von Corona oder der Ukraine-Krieg daran schuld seien. Hören wollte die Mehrheit nicht. Im Rat gab die OB-Koalition eifrig Geld aus, schuf Stellen, richtete neue Budgets ein. In der Verwaltung hat man dies mit offenen Händen genommen. Jetzt sollen wieder die lokale Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger die Elfenbeintürme des Rathauses bezahlen. Steuern und Abgaben schnellen in die Höhe, Service und Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger werden dezimiert.

Meine Damen und Herren, gegen das Nichts hilft nur eine klare Haltung. Meine Fraktion und ich werden über Kultur, Sport und Soziales schützend die Hand halten. Wir sehen es nicht ein, dass jetzt wieder die freiwilligen Leistungen gekürzt werden sollen. In der Kultur drohen den bekannten Theatern existenzielle Einschnitte, das Kammertheater soll gar mehr als 15% seiner Leistungen entbehren. Im Bereich Bildung und Soziales knirscht es bei den Schulsanierungen und den Personalkosten der Träger der Wohlfahrt. Schon jetzt basieren große Teile der Leistungsfähigkeit auf dem Ehrenamt. In manchen Bereichen haben wir in den letzten 20 Jahren weder eine Erhöhung noch eine Inflationsanpassung vorgenommen. Da können, wollen und werden wir jetzt nicht mit der Streichorgie beginnen. Entsprechende Anträge werden wir stellen und unsere Unterstützung zu den Kürzungen müssen wir heute schon entziehen.

Ebenso für weitere Belastungen der Karlsruherinnen und Karlsruher. Die Bürgerinnen und Bürger sind durch Inflation, Energieversorgung und die Folgen der Corona-Pandemie bereits genug belastet. Viel zu oft schon wurde das Ausgabenproblem der Verwaltung zum Einnahmeproblem im Gemeinderat deklariert.

Da wir uns in diesem Rat als Serviceopposition verstehen, wollen wir Ihnen konkrete Vorschläge an die Hand geben: Wir wollen den Blick auf den Klimaschutz richten. In diesem Rat gingen die Meinungen weit auseinander. Ein Teil wollte eine Priorisierung von Maßnahmen, ein anderer Teil wollte einfach alle Maßnahmen sofort. Wir fürchten, dass uns die Akzeptanz notwendiger Maßnahmen entgleitet, wenn wir weiterhin blindlings Geld ausgeben, ohne den Nutzen zu quantifizieren. Für die städtische Ausgabenpolitik bedeutet das, wie eingestellte Haushaltsmittel konsequenterweise auch an den richtigen Stellen eingesetzt und das beste Ergebnis erzielt werden kann.

Hierbei müssen öffentliche Gebäude wie Schulen, Sporthallen und Kindergärten ganz oben auf der Prioritätenliste stehen. Immer wieder haben wir es diskutiert und doch müssen wir immer wieder darauf zurückkommen: Sanitäre Anlagen in Karlsruher Schulen. Immer noch erreichen uns Berichte von Kindern, die die Pause nutzen, um unerlaubterweise zu Hause die Toilette zu besuchen. Und dabei geht es nicht um Gewalt oder Angst, sondern um den baulichen Zustand und der damit verbunden die Hygiene. Hier müssen wir schnell investieren und ebenso schnell sanieren. Einige Schulen warten seit Jahren auf Neubauten bzw. Sanierungen, die den energetischen Anforderungen einer erfolgreichen und schlüssigen kommunalen Klimapolitik gerecht werden können.

Unser Appell: Verbinden wir die Modernisierung unserer Schulen mit den klimapolitischen Zielen und erreichen so Synergien zwischen Finanzen, Bedürfnissen und Akzeptanz in der Bevölkerung.

Beim Klimaschutz möchten wir erneut insistieren. Lassen Sie uns das knappe Geld so sinnvoll wie möglich einsetzen. Es wurden Stellen geschaffen, deren Nutzen für den Klimaschutz bis heute nicht belegt ist. Wir wollen die Maßnahmen umsetzen, die mit dem geringsten finanziellen Einsatz den höchsten Nutzen bei CO₂-Einsparung und Nachhaltigkeit bringen. Gerne verweise ich an dieser Stelle nochmals auf unseren Antrag zu künstlichen Bäumen im Stadtzentrum oder der Anfrage zu Kleinwindrädern auf Hochhäusern.

Ein weiteres alltägliches Bedürfnis in unserer Stadt liegt mir und meiner Fraktion am Herzen. Seit 10 Jahren haben Kinder mit Vollendung des ersten Lebensjahres in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Gut, dass die meisten Kinder in diesem Alter noch nicht so eloquent reden können, sonst hätten wir hunderttausende kleine Rechtsanwältinnen, die den Staat und die Kommune verklagen. Ich zitiere: „Der Ausbau von Kindergärten und Kindertagesstätten wird konsequent vorangetrieben“, sagt die Finanzbürgermeisterin. Diese Auffassung hat sie wahrscheinlich von ihrem immer optimistischen Kollegen, dem Sozialbürgermeister, übernommen. Den Familien in Karlsruhe zeigt sich allerdings ein anderes Bild. Deutschland hat aus mehreren guten Gründen Kindern ein Recht auf einen Platz in einem Kindergarten versprochen. Ein Grund hierfür ist die Stärkung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Jedoch, so sehr wir uns um Gleichberechtigung bemühen, die derzeitige Realität sieht anders aus. Die Wahrheit im europäischen Vergleich ist, dass viel weniger Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt aktiv sind als beispielsweise in den Skandinavischen Ländern oder in Frankreich.

Der wichtigste Grund ist jedoch, dass Kindergärten nicht nur Betreuungs- oder Verwahrungsinstitutionen sind. Kindergärten sind durch tragfähige pädagogische Konzepte der wichtigste Teil der frühkindlichen Bildung. Rund 1000 Kinder und die dazugehörigen Eltern in Karlsruhe sind ohne eine Kindertagespflege aufgeschmissen. Die Tagesmütter, deren privatem Bemühen es zu verdanken ist, dass eine Notlage derzeit noch abgemildert werden kann, tun sich wahrscheinlich schwer mit dem Optimismus des Sozialbürgermeisters. War es doch eine gemeinsame Initiative dieses Rates, die für eine erträgliche Erhöhung der Einnahmen gesorgt hat.

Karlsruhe hat glücklicherweise sehr viele private Träger von Kindertagesstätten. Ohne die gute Zusammenarbeit mit diesen Trägern könnten wir dem Rechtsanspruch der Kinder überhaupt nicht nachkommen. Dynamische Initiativen, neue Kindergärten zu etablieren, erleben keine Unterstützung durch das zuständige Rathaus.

Jedoch, was würde der günstigste KiTa-Platz nutzen, wenn man in dieser Kommune nirgends wohnen kann. Meine Damen und Herren, Wohnen in Karlsruhe wird langsam zu einem Luxusgut. Zur Miete zahlen Sie derzeit problemlos zehn bis teilweise achtzehn Euro für den Wohn-Quadratmeter. Die verschlafene Wohnraumschaffung der letzten Jahre hat diese Preise hochgetrieben. Bauprojekte erhalten zu langsam Genehmigungen, die Bürokratie und die Auflagen hemmen den Bau. Umso verständlicher ist es, dass man in der Verwaltung offensichtlich der Auffassung ist, der Schwerpunkt der Investitionen der Volkswohnung liege nun mehr im Sanieren als im Neubau. Das ist falsch. Gegen den Wohnungsmangel gibt es nur ein Mittel: bauen, bauen und nochmals bauen. Auch wenn die Rahmenbedingungen schlechter ge-

worden sind, so ist und bleibt die Bereitstellung von Wohnraum für die breiten Schichten der Bevölkerung die vornehmste Aufgabe der Volkswohnung. Ihr dabei sogar noch Eigenkapital zu entziehen und es in den Untiefen des Kämmereihaushaltes versinken zu lassen, ist ein Skandal.

Wie andere deutsche Städte unterliegt auch die Innenstadt Karlsruhes einem grundlegenden Wandel. Mit der zunehmenden Verschiebung der Bürotätigkeit ins Homeoffice verändert sich die tägliche Arbeitswelt vieler Menschen. Die Bereiche Wohnen und Arbeiten sind nun nicht mehr so klar getrennt. Auch das Einkaufsverhalten verlagert sich zunehmend von der Innenstadt in den virtuellen Online-Handel. Eine Entwicklung, die wir kritisch begleiten. Der strukturelle Leerstand, insbesondere hinsichtlich der Einzelhandelsflächen, ist gegenwärtig klar erkennbar. Hierbei muss zusätzlich berücksichtigt werden, dass Karlsruhe schon jetzt Schwächen im Vergleich zu anderen deutschen Städten aufweist: Mit den über Jahre bestehenden Baustellen sowie einem Rückstau an Modernisierungen von Gebäuden, die nicht mehr verwendbar sind, sollte die Fächerstadt nun frühzeitig handeln, um wettbewerbs- und zukunftsfähig zu bleiben. Daher besteht für die Stadt Karlsruhe ein dringendes Handlungsgebot. Hierfür muss die Innenstadt wiederbelebt und stärker genutzt werden. Angesichts der zu beobachtenden Trends gelingt diese langfristige Vitalisierung der Karlsruher City nur, wenn mehr Menschen direkt vor Ort ihren Lebensmittelpunkt haben. Vermehrtes Wohnen in der Innenstadt trägt schließlich zur Reaktivierung und Stärkung des Zentrums auch unabhängig von Geschäftsöffnungszeiten bei. Die Wohnungsknappheit könnte hiermit ebenso abgefedert werden. Mit der Umnutzung von Flächen in Wohnungen in der Innenstadt muss keine zusätzliche Fläche versiegelt werden. Dies dient dem Klimaschutz. Zudem ist eine elementare Infrastruktur (ÖPNV, Supermärkte, Apotheken, Arztpraxen etc.) bereits vorhanden und durch den zentralen Wohnort einfacher und schneller für die Menschen erreichbar. Eine Stadt der kurzen Wege bzw. eine „15-Minuten-Stadt“ dient letztlich auch klimafreundlichen Mobilitätsformen.

Die Innenstadt Karlsruhes besteht etwa zur Hälfte aus Kerngebiet und zur Hälfte aus Wohn- oder Mischgebiet. Im Kerngebiet sind Wohnnutzungen zunächst nur untergeordnet möglich. Im Rahmen des sukzessiven rechtlichen Anpassungsprozesses, durch den nun auch in Kerngebieten die Umwandlung von leerstehenden Flächen in Wohnungen zunehmend ermöglicht wird, sollte diese wichtige stadtplanerische Thematik gezielter angegangen werden. Zunächst sollte deshalb eine Liste mit Misch- und Kerngebieten der Karlsruher Innenstadt erstellt werden, in denen mithilfe von Bebauungsplanänderungen grundsätzlich mehr Wohnnutzungen im Zentrum verwirklicht werden können. Mit der Umwandlung eines Teils des Kerngebiets in urbanes Gebiet sollen schließlich auch Möglichkeiten und Anreizstrukturen für private Eigentümer geschaffen werden, damit ein Pilotprojekt „Wohnen in der Innenstadt“ umgesetzt werden kann.

Noch ein Vorschlag: Wie wäre es, wenn man bei stockenden Projekten in Büro- und Geschäftslagen, wie zum Beispiel im Bereich Hauptbahnhof-Süd oder Entenfang, durch Bebauungsplananpassungen die Umlenkung auf Wohnungsbau anregen und zulassen kann? Das wäre ein guter Vorschlag und man könnte es sicherlich auch mal auf den Weg bringen.

Meine Fraktion und ich, wir wünschen uns eine gemeinsame Initiative für den Wohnungsbau. Das Angebot muss steigen, damit sich der Mietmarkt entspannt. Wir wollen nicht mehr erleben, dass Studierende in der Innenstadt campen, um auf den Wohnungs-

mangel aufmerksam zu machen. Wir wollen es nicht erleben, dass qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sorge um ihre Wohnungen sind. Das riskiert den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Dies sind Gründe, weshalb die Bevölkerung in unserer Kommune schrumpft. Das sind weiche Wirtschaftsfaktoren, die zur Abwanderung großer Arbeitgeber aus Karlsruhe führen und der damit verloren gehenden Gewerbesteuer.

Hier vor Ort können wir noch einen anderen Beitrag zur Attraktivität unserer Kommune leisten: Der öffentliche Raum erfährt nicht die Wertschätzung, die ihm gebührt und es ist leider die Stadt selbst und ihre Gesellschaften, die ihn nicht pfleglich behandeln. Vor sich hingammelnde ausgetrocknete Brunnen, Bretterverhaue an Haltestellen, lieblose Pflege und Gestaltung von Papierkörben, Schaltkästen, Beleuchtungen, zurückgelassene rostige Rohre als Abspannmasten, beschmierte öffentliche Gebäude, Rolltreppen oder Abgänge – um nur einiges wenige zu nennen – verunstalten die Stadt zusehends. Ich erinnere an unsere Initiative zum Europaplatz. Dass dann die eigene Disziplin der Bürgerinnen und Bürger bei der Sauberkeit leidet, ist die Folge. Warum funktioniert das in anderen, ärmeren Städten, aber in Karlsruhe nicht? Weil es keine Frage des Geldes ist, sondern der Haltung! Lebensqualität und Sicherheit sind Geschwister. Innenstadtbereiche, in denen sich Menschen unwohl oder gar ungeschützt fühlen, bedrohen den Zusammenhalt. Lassen Sie uns das nicht aus den Augen verlieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der soziale Zusammenhalt ist gefährdet. Bereits erwähnt habe ich marode Schulen, fehlende KiTa-Plätze und knappen Wohnraum, aber die Liste ist noch viel länger. Unsere Bäder öffnen später und schließen früher. Manche stehen sogar zur Disposition. Wir greifen damit in das Freizeitverhalten des Einzelnen ein. Wir tangieren das private Lebensumfeld und machen es den Menschen in diesen Zeiten noch schwerer. Mit erhöhten Gebühren und Erhöhungen von Abgaben schrauben wir bei manchem an der Existenzspirale. Machen wir so weiter, dann haben wir den Hahn zuge dreht.

Es schockiert mich, dass bei öffentlichen Kundgebungen gerne die linke Mehrheit in diesem Rat beschworen wird, aber bei der Sorge um die Menschen vor Ort wird hier rigoros gestrichen und geschwiegen.

Meine Damen und Herren, der Entertainer HaPe Kerkeling sagte in der Talkshow von Maybrit Illner, ich zitiere: „Mir kommt es so vor, als wären wir am Vorabend von Etwas, das ich nicht miterleben möchte.“ Ich schätze Herrn Kerkeling und lieber hätte ich Ihnen heute einen Satz aus einem Kabarett von ihm zitiert. Leider teile ich seine Auffassung.

Wenn wir es zulassen, dass Wohnen, Arbeitsmarkt, Klima, Gesundheit, lokale Wirtschaft, Energieversorgung, Kultur, Bildung und Soziales die Themen der Verteilungskämpfe werden, dann verlieren wir den Zusammenhalt unserer Stadtbevölkerung. Es braucht eine gemeinsame Anstrengung, wollen wir die Mitte unserer Gesellschaft nicht verlieren.

Abschließend möchte ich unseren Weg für den Haushalt zusammenfassen:

- Keine Kürzungen bei Kultur, Sport oder Sozialem.
- Keine weiteren Belastungen mehr im Sinne von Gebühren und Abgaben für die Bürgerinnen und Bürger.
- Investitionen in die Schulen.

- Investitionen und Ausbau der KiTa-Plätze in Karlsruhe.
- Investitionen in den Wohnungsbau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie ich gestartet habe, so möchte ich auch mit Michael Ende schließen: Aus dem Buch „Die unendliche Geschichte“: „Doch manche Dinge kann man nicht durch Nachdenken ergründen, man muss sie erfahren.“

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und noch einen schönen Abend.

(Beifall bei der FDP)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.) vom Rednerpult sprechend: Liebe Zuhörende, liebe Stadtratsmitglieder, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, bevor man in einen Haushalt eintritt, in all seine Posten, Zahlen und Tabellen heißt es einen Schritt zurück treten - und sich die Frage zu stellen, um was geht es eigentlich - was ist dabei das Ziel? Die Sternstunde des Gemeinderates? Prioritäten setzen? Standards reduzieren? Aufgabenkritik oder Konsolidierung? Nein, ich würde ja sagen, das Ziel ist - wie bei aller Kommunalpolitik - eine lebenswerte Stadt für alle, jetzt und in Zukunft. Und das bedeutet, in diesem Sinne Prioritäten zu setzen.

Das heißt in erster Linie, wir müssen eine gute öffentliche Daseinsvorsorge, an der alle teilhaben können sicherstellen, seien es Bäder oder ein öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitsversorgung, Bildung oder Kultur für eine Stadt, die der Armut und Chancenlosigkeit den Kampf ansagt und die Schon-lange-Karlsruher*innen, Neu-Karlsruher*innen und Noch-Nicht-Karlsruher*innen gleichermaßen im Blick behält insbesondere auch, wenn es um bezahlbaren Wohnraum für alle geht.

Zu einer lebenswerten Stadt gehören Orte der Begegnung für die Stadtgesellschaft, allen voran eine lebendige Kultur- und Vereinslandschaft.

Jetzt und in Zukunft heißt das so mit den natürlichen Ressourcen zu haushalten, dass wir uns auch in Zukunft in Karlsruhe eines intakten Ökosystems und lebenswerten Klimas erfreuen können und unseren Beitrag hierfür leisten. Das heißt den Sanierungsstau anzugehen und nicht weiter auf kommende Generationen zu verschieben.

Zum Dritten Mal in Folge wird der Gemeinderat nun zum Kürzen eingeschworen. Erst hieß das „Haushalt des Umbruchs“, jetzt ein „Haushalt der Superlative“. Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge - genuine Aufgabe einer Kommune - wird in diesem Zusammenhang immer stärker als Problem für die Stadt dargestellt. Nichts anderes suggeriert der Begriff Aufgabenkritik. Das ist grundfalsch! Wenn, liegt das Problem bei Fehlentscheidungen im Bereich von Investitionen – darunter viele CDU-Herzensprojekte - , bei gesamtgesellschaftlichen Krisen oder bei der mangelnden finanziellen und politischen Ausstattung der Kommunen allgemein - und nicht zu vergessen: bei mangelnder Verteilungsgerechtigkeit.

Als LINKE denken wir nicht, dass ein Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge ein richtiger Weg sein kann, genauso wenig wie das Weiterreichen von Teuerungen - insbesondere dann nicht, wenn eine Stadtgesellschaft noch mit ganz anderen Krisen konfrontiert ist. In einer solchen Situation braucht es mehr denn je das Prinzip der Solidarität - starke Schultern entlasten die schwächeren. Wie in den vergangenen Haushalten, werden wir

Vorschläge für Mehreinnahmen an den richtigen Stellen machen. Mehr denn je braucht es in Krisenzeiten einen gesellschaftlichen Ausgleich.

Wir werden nicht für alle unsere Anträge eine Gegenfinanzierung vorschlagen, sind aber gerne bereit in den Beratungen noch ins Gespräch zu gehen. Lernen kann man ja an dieser Stelle viel von den selbsterklärten Riesensparern (CDU und FDP). Ich erinnere an einen Antrag zur Gewerbesteuer im letzten Haushalt, ganz ohne Gegenfinanzierung. Klar, Kürzungen anzumahnen ist doch angenehmer als selbst welche im Ausgleich vorzuschlagen.

Viel ist auch von der Einhaltung des Konnexitätsprinzips gesprochen worden. Das heißt, dass Bund und Land eine Vielzahl von Aufgaben an die Kommunen weiterreichen, und für die Kosten aufkommen müssten. Die Realität sieht anders aus. Für die immensen Kosten bspw. bei ÖPNV und Klinikum gibt es keine funktionierende Finanzierung. Auch im Wohnungsbau und bei der Versorgung von Geflüchteten müssten die Kommunen viel stärker unterstützt werden. Man würde sich in diesem Zusammenhang aber erwarten, dass diejenigen Fraktionen, die hier laut auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips pochen, dass diejenigen dies auch gegenüber ihren in Land und Bund regierenden Parteifreund*innen tun. Ich schaue hier vor allem in Richtung GRÜNE, SPD, FDP und CDU. In diesem Raum bleiben solche Appelle wahrscheinlich wirkungslos.

Außerdem dürfen wir gespannt sein, ob die pessimistischen Vorhersagen für den Haushalt diesmal eintreffen. In den letzten Jahren kam es zu nicht prognostizierten Gewerbesteuermehreinnahmen von bis zu 100 Mio. Euro. Über Kleinstbeträge, die immense Auswirkungen für die Betroffenen - z. B. für Kultureinrichtungen - haben, zu diskutieren, als wären sie ein möglicher Sargnagel des Gesamthaushalts, ist vergleichsweise nicht förderlich. Erhoffte Einspareffekte und ihre negativen Auswirkungen stehen dabei in keinem Verhältnis.

Und damit sind wir jetzt schon beim Prozess, mit dem die Kürzungsvorschläge erarbeitet wurden. Hier, ist es - aus einer Verwaltungslogik heraus - vielleicht verständlich jedes Dezernat und jedes Amt gleichermaßen an den Kürzungen zu beteiligen. Nur, mit der so oft wiederholten und aus unserer Sicht absolut notwendigen Prioritätensetzung hat das dann nicht mehr viel zu tun. Ergebnis ist, dass sogar beim Klimaschutz Mittel gekürzt werden, obwohl Sie, Herr Oberbürgermeister, und ich meine auch der Gemeinderat diesen als Priorität herausgehoben haben. Dass ein eingeschlagener Einsparprozess höher priorisiert wird, als Klimaschutz und damit unsere Zukunft - und dies dann auch noch als alternativlos dargestellt wird - da können wir nicht mitgehen.

Eines darf bei den Kostenerhöhungen für die Bürger*innen nicht vergessen werden. Ich wiederhole mich, mit der immensen Inflation sind Karlsruher*innen noch vor ganz andere Probleme gestellt. Es ist nicht die einzige Mehrbelastung, die da ist. Insbesondere Bürger*innen die schon vor der Krise jeden Euro noch einmal umdrehen mussten, sind besonders von den Preissteigerungen betroffen, sei es bei Lebensmitteln, Nebenkosten oder Miete. Angesichts dieser Situation lehnen wir Entgelterhöhungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ab, ob im Zoo, Bädern oder beim Schulessen, insbesondere wenn sie Menschen mit Karlsruher Pass betreffen. Hier werden wir eine Senkung des Eigenanteils auf 25% bei Eintrittsgeldern einbringen. Außerdem werden wir eine Ausweitung des Personenkreises für den Karlsruher Pass beantragen, um so auf mehr Teilhaber am öffentlichen Leben hinzuwirken.

Einen großen Batzen zur Haushaltssicherung sollen diesmal Familien leisten. Zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres ist eine hohe Beitragssteigerung bei den Kitas vorgesehen. Insgesamt bedeutet das ein Mehr von 30% - zum Teil 90 Euro mehr im Monat. In einer Politik der Vertröstung, wird das in den letzten Jahren postulierte Ziel einer beitragsfreien Kita immer weitergeschoben bzw. einkassiert. Ein Teil der Familien ist befreit von Kita-Beiträgen. Für viele, die knapp über der Grenze liegen, ist die Mehrbelastung nur schwer leistbar. Und die Erhöhung unterscheidet nicht, wie weit jemand von dieser Einkommensgrenze entfernt ist. Darum machen wir den Vorschlag, dass - solange noch an Kitagebühren festgehalten wird, dann stärkere Schultern mehr tragen, wie es etwa das Konstanzer Modell vorsieht. Hier folgt die höhere Betragsbelastung relativ einem steigenden Einkommen. Familien, die heute noch knapp über der Beitragsbefreiung liegen, könnten so solidarisch von Erhöhungen ausgenommen werden oder ihre Kosten möglicherweise sogar senken.

Viel wurde auch gesprochen über den immensen Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Karlsruhe, und nun sollen erneut Gelder bei der Volkswohnung abgeschöpft werden? Wie passt das zusammen? Gar nicht! Die Volkswohnung ist eine der aktivsten Akteur*innen in der Schaffung von mehr sozialem Wohnraum und nun sollen ihr die finanziellen Spielräume eingeschränkt werden? Ausgerechnet jetzt, da eine gigantische Latte an Sanierungen im Bestand ansteht, Investitionen für energetische Sanierung und mehr Barrierefreiheit erforderlich sind. Dieser „Zweckentfremdung“ muss ein ganz klares „Nein!“ erteilt werden. Mit der Auflage zur Abführung von Geldern werden Anreize für noch mehr Mieterhöhungen bei der Volkswohnung geschaffen. Die Stadt darf sich hier nicht wie ein x-beliebiger Investor verhalten.

Es wird viel über rote Zahlen gesprochen, dabei bleibt eine ganz verheerende außen vor: nämlich unser Jahr für Jahr überzogenes Konto der Ökosystemdienstleistungen - nicht nur, aber insbesondere, indem wir unsere Atmosphäre mit CO₂ zumüllen, wie eine unendliche Müllkippe! Da ist wirklich das Konto überzogen, auf Kosten künftiger Generationen. Nur wenn wir das verhindern, kann von einem ausgeglichenen Haushalt die Rede sein. Das dafür beschlossene Klimaschutzkonzept, mit der Zielsetzung Klimaneutralität bis 2040 ist bisher nach meinen Rechnungen zumindest nicht ausfinanziert worden, obwohl die Ziele durch einen Landesbeschluss nochmals verschärft wurden. Hier klaffte bereits eine ordentliche Differenz. Jetzt soll dieses nicht ausfinanzierte Konzept noch einmal zusätzlich gekürzt werden. Wenn man die ganzen Summen zusammennimmt, komme ich da auf 7 Mio. Euro pro Jahr.

Die Entwarnung, investive Projekte, könnten durch nicht ausgeschöpfte Mittel der vergangenen Jahre finanziert werden, ist kein Grund zum Aufatmen - heißt es doch, dass bereits ein Verzug besteht in der Maßnahmenumsetzung auf dem Weg zur Klimaneutralität. Damit möchten wir als LINKE uns nicht abfinden. Wenn es an mangelnden Personalressourcen liegt, dann muss dort Abhilfe geschaffen werden. Darum werden wir die Ausfinanzierung des Klimaschutzkonzeptes beantragen. Gerade angesichts der wenigen verbleibenden Jahre für das 1,5 Grad Ziel, darf hier kein Investitionsstau entstehen. Nochmal an FDP und CDU: Wir haben keine Zeit mehr für Cherry picking und bis jetzt bleiben Sie uns auch schuldig, was für Maßnahmen es denn sind, die so wenig Wirkung zeigen. Klimaschutz ist eine der wichtigsten Investitionen in eine lebenswerte Stadt für alle, auch in Zukunft.

Auch gilt: was ich kenne, das kann ich besser schützen. Darum Nein zur Kürzung bei der Waldpädagogik. Klimaschutz fängt bei Kindern und Jugendlichen an.

Wenn ich einen Ausspruch im Gemeinderat „lieben“ gelernt habe - dann den, man sei für eine „Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer“. Wer so argumentiert, müsste nicht nur die Verteilung von Stadtraum betrachten, sondern auch die Verteilung von Mitteln im Investitionsbereich. Hier sehen wir über 10 Mio. Euro pro Jahr für Baumaßnahmen die ausschließlich dem Autoverkehr zugutekommen, gegenüber 1,6 Mio. Euro für solche von denen der Radverkehr profitiert. Hier gibt es aus unserer Sicht noch viel Umschichtungspotential, was Projekten im Fuß- und Radverkehr zugutekommen könnte wie der Sophienstraße.

Stichwort Klimaschutz und öffentlicher Nahverkehr: wenn man sich den Modal-Split in Karlsruhe anschaut, dann kann insbesondere der kleine und kaum wachsende Anteil des ÖPNV überhaupt nicht zufriedenstellen. Wie das Landesziel einer Verdoppelung bis 2030 erreicht werden soll, steht in den Sternen. Projekte zum Streckenausbau sind für die nächsten Jahre nicht vorgesehen, aber notwendig, um die Attraktivität weiter zu steigern. Darum werden wir hier Investitionsmittel beantragen.

Eingeleitet haben Sie, Herr Oberbürgermeister, Ihre Haushaltsrede mit dem Hinweis, dass Sie nicht über die Kultur sprechen wollen. Dann werde ich jetzt gleichsam nachholen, was Sie ausgeklammert haben.

Viel wurde bereits von den allgemeinen Preissteigerungen gesprochen. Sie treffen auch besonders unsere Kulturlandschaft. Um hier eine Zahl zu nennen: bis zu 50% sollen die Nebenkosten für Mieter*innen von städtischen Einrichtungen steigen, darunter eine beträchtliche Anzahl an Kultureinrichtungen. Das strukturelle Defizit aus steigenden Kosten und stagnierenden Zuschüssen besteht schon länger, macht sich nun aber mit großer Wucht bemerkbar. Neben steigenden Nebenkosten steigen Mieten und Materialkosten - man würde sich wünschen auch die Personalkosten, aber hierfür ist kein Spielraum vorhanden.

Die Kultureinrichtungen haben sich mit hohem Kräfteinsatz und hoher Findigkeit über die Corona Krise hinweg gekämpft. Es wurden kaum Mittel des städtischen Notfallfonds verwendet. Ich kann nur staunen, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, das nicht einmal erwähnenswert finden und dass jetzt die Verwaltung die Zuschüsse per Rasenmäher um 1,5% kürzen möchte, geht gar nicht. Um dem strukturellen Defizit dauerhaft zu begegnen, braucht es aber mehr als eine Rücknahme der Kürzungen - den Einstieg in eine dauerhafte Dynamisierung. Das heißt eine Anpassung der Zuschüsse an die steigenden Kosten. Nur damit entsteht eine langfristige Planbarkeit. Außerdem ist sie ein wichtiger Baustein für eine endlich tarifliche und damit weniger prekäre Bezahlung der Beschäftigten.

Die Dynamisierung ist bereits seit Jahren in der Diskussion und wird in beeindruckender und gut begründet auch von den Kultureinrichtungen vorgetragen. Dass die Grüne Fraktion nach Jahren der Vertröstung, nun eine Dynamisierung eventuell - vielleicht - möglicherweise - nie - für den übernächsten Haushalt in Aussicht stellen möchte, ist eine nicht akzeptable Vertröstungsstrategie. Eventualitäten decken weder Mieten noch Personalkosten. Nicht zum zweiten Mal ein Konzept erstellen lassen, sondern machen! Es soll nicht an der Gegenfinanzierung scheitern. Schon bei den Haushaltsverhandlungen 2021 haben wir als Fraktion die Einführung einer Übernachtungssteuer vorgeschlagen. Ist es doch die unermüdliche Arbeit der Karlsruher Kulturszene, die einen wesentlichen Beitrag

dazu leistet, dass Karlsruhe auch über seine Grenzen hinaus attraktiv ist, ob für Gäst*innen, neue Einwohner*innen oder Unternehmen.

Und wenn wir beim Thema Ausklammern sind, beinahe unsichtbar sind bisher zwei besonders gravierende Kürzungen im Kulturbereich geblieben. Das betrifft die Volkshochschule, deren Mietzuschuss gestrichen werden soll. Der Verlust von 730 Tsd. Euro im Jahr, würden den Bestand der VHS infragestellen. Und das betrifft jetzt auch noch den Panorama e. V., dessen Zuschuss, der 2 Jahre aus dem Corona-Nothilfefonds gezahlt wurde, wegfallen soll. Das hieße das Aus des Kulturzentrums! Nach all der unglaublichen Arbeit und all dem Geld, das die Beteiligten hineingesteckt haben, mit der Zusage einer Unterstützung der Stadt im Rücken. Das geht gar nicht! Falls die Verwaltung den Grundsatz, dass keine Kultureinrichtung verloren gehen darf, vergessen haben sollte, wir haben dies sicher nicht und hoffentlich auch nicht die Mehrheit des Gemeinderates.

Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention haben sich auch die Kommunen verpflichtet, Maßnahmen im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen zu ergreifen. In der Vergangenheit wurde hierfür bereits ein Konzept erstellt, um zu eruieren, wie der Gewaltschutz noch wirksamer werden kann. Dieses Konzept muss nun aus der Schublade in die Lebensrealität unserer Stadtbevölkerung kommen. Darum ist es unbedingt erforderlich, dass die bisherige Stelle im Gleichstellungsbüro hierfür erhalten bleibt. Ich freue mich über die breite fraktionsübergreifende Initiative hierfür - ein starkes Zeichen für die Geschlossenheit im Kampf für Frauenrechte.

Ein beeindruckendes zivilgesellschaftliches Engagement gibt es auch im Bereich queere Rechte und Sichtbarkeit. Unsere Fraktion unterstützt hier gerne die Initiative zur Schaffung eines queeren Kulturzentrums „Queer Kastle“.

Kommen wir nun zu einer wiederkehrenden Maßnahme dieses Haushaltsentwurfs: Kürzungen beim Personal. Allein 2 Mio. Euro bei der Sozial- und Jugendbehörde. Überall werden Stellen eingespart, gerne gepaart mit dem Hinweis, auf Grund des Fachkräftemangels sei eine Besetzung ohnehin schwierig. Der Fachkräftemangel wird so zum Programm erhoben. Dabei ist der bereits traurige Realität. Schon bevor weitere Personalkürzungen vorgeschlagen wurden, sind aktuell über 500 von insgesamt ca. 7.000 Stellen in der Stadtverwaltung unbesetzt. Dies hat bereits konkrete Auswirkungen. Das bedeutet eine Überlastung der verbliebenen Mitarbeiter*innen und ist der Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin sicher nicht so förderlich. Darüber hinaus muss bereits aktuell eine Vielzahl von Projekten zurückgestellt werden und Investitionen insbesondere im Bereich des Hochbaus und des Klimaschutzes werden immer weiter verschoben.

Sie haben, Herr Hock, vorhin auch die Schulen und die Toilettensituation dort angesprochen, hier fordern wir, dass das Reinigungspersonal dauerhaft in die Stadt überführt wird, damit hier die Reinigungsleistung verbessert werden kann. Hier braucht es auch eine tarifliche und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Wie bereits erwähnt, ist die Liste notwendiger Investitionen lang und länger. Vor allem im Schulbereich sind viele Gebäude in die Jahre gekommen und müssen saniert werden. Dennoch sollen mit wenigen Ausnahmen keine weiteren Projekte mehr begonnen werden. Das Ergebnis: besonders im Schulbereich werden notwendige Sanierungen in Höhe von über 1 Milliarde Euro über das Jahr 2027 hinaus verschoben. Auch die Abarbeitung bereits begonnener Projekte stockt. Das Weiterschieben ist auf einem Rekordhoch.

Und noch eine Sache: Viel ist immer wieder von Prioritäten die Rede, davon Standards zu reduzieren. Das scheint aber nicht für Prestigeprojekte zu gelten. So ist für die Kaiserstraße nur das Teuerste gut genug. Mehrkosten für einen besonders teuren Bodenbelag sind anscheinend gar kein Problem. Man könnte ihn sogar bis zum Willi-Denkmal ausweiten. Das Ergebnis – eine weiße Steinwüste - begeistert niemand. Diese Summe kann viel sinnvoller in andere brennendere Investitionsprojekte wie das Jugendhaus in der Südstadt investiert werden.

Für eine lebenswerte Stadt für alle, jetzt und in Zukunft!

(Beifall bei DIE LINKE.)

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR) vom Rednerpult sprechend: Ich spreche heute für meinen Kollegen Friedmann Kalmbach, der sich gestern einer dringend notwendigen Operation ziehen musste. Es geht ihm den Umständen entsprechend gut. Wir wünschen ihm auf diesem Weg alles Gute, gute Besserung und schnelle Genesung.

(Beifall)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, ich könnte jetzt sagen, wer schneller spricht, hat mehr geschwätzt, aber ich bleibe bei meiner Rede.

Wer früher spart, hat länger Geld!

In Ihrer Rede, Frau Luczak-Schwarz, haben Sie aufgezeigt: Trotz hoher Einnahmen werden die Ausgaben nicht auf diesem hohen Niveau bleiben können. Die Zinsen sind gestiegen, Schulden aufzunehmen ist deutlich teurer geworden und die Vorgaben des Regierungspräsidiums für unser wirtschaftliches Handeln setzen uns klare Grenzen. Werden diese Grenzen übertreten, ist der Verlust der Haushaltsverantwortung für unsere Stadt nur noch eine Frage der Zeit. Höhere Investitionen und damit noch mehr Schulden gibt unsere Finanzsituation nicht mehr her. Höhere Zinsen sind eine zusätzliche Belastung für den Haushalt. Eine zusätzliche, denn die Karlsruher Finanzkrise schwelt schon länger. Man hätte es kommen sehen können: 871 Millionen Euro Kreditverbindlichkeiten – also Schulden – sind das Resultat einer Haushaltsorgie, als gäbe es keinen Morgen. Frau Erste Bürgermeisterin, Sie nannten die zu erwartenden Schulden von 1,49 Milliarden Euro „mehr als kritisch.“ Wir können dieser Aussage nur zustimmen und ergänzen: 1.490 Millionen Euro sind fatal.

Herr Oberbürgermeister, das sind die Umstände, mit denen Sie und wir nun zurechtkommen müssen. Nicht erst in zwei Jahren, nicht nach den Wahlen, sondern jetzt! Unser Anliegen, das Anliegen der Freien Wähler und FÜR Karlsruhe, ist es, die Wirtschaftskraft so zu stärken, dass wir Schulden abbauen können und Spielräume erwirtschaften, für wichtige Investitionen in Karlsruhes Zukunft. Investitionen, die notwendig, durchdacht, gut geplant und – das stellt einen Unterschied zu den vergangenen Jahren dar – die durch erwirtschaftetes Geld gesichert werden.

„Geld allein ist nicht alles – aber ohne Geld ist alles nichts. Besonders Geld, das man nicht wirklich im Geldbeutel hat, ist erst recht und überhaupt: gar nichts.“ So sagte es Oberbürgermeister Fenrich 2012 zu den städtischen Finanzen. Als er das sagte,

lagen die Schulden bei 400 Euro pro Einwohner; heute liegen sie bei über 5.000 Euro pro Einwohner. So kann es nicht weitergehen. Man kann nur ausgeben, was man auch einnimmt, bzw. mittelfristig auch erwirtschaften kann. Oder, was für Karlsruhe in Zukunft gelten muss: Sparen darf keine Plattitüde mehr sein! Unser Ziel ist es, solide zu wirtschaften. Denn das hat die Mehrheit des Gemeinderates – und so ehrlich müssen wir zu uns selbst sein – nicht getan.

Karlsruhe leidet auch unter der Stimmung in der deutschen Wirtschaft. Die Zahlen des Wirtschaftsministeriums zeigen keine Erholung, sondern, und das sollte jedem bewusst sein, eine anhaltende Inflation und mehrere Quartale mit schrumpfender Wirtschaftsleistung.

Man erinnert sich an die Krisen und den Krisenmodus vergangener Jahre: Eine Gewöhnung an Unterstützungsleistungen ist eingetreten, die man ungern aufgeben möchte. Mit immer weiteren städtischen und staatlichen Wohltaten wuchs der Schuldenberg.

In Karlsruhe ist diese Entwicklung besonders anschaulich. Die Erwartung ist bei vielen, dass die Stadt einspringt und ausgleicht. Aber die Zeiten der „Vollkasko“ sind vorbei. Die Stadt hat die Schmerzgrenze überschritten und kann den vielen freiwilligen Leistungen, die sie sich aufgeladen hat, nicht mehr gerecht werden. Wir müssen Prioritäten setzen.

Drei Schwerpunktbereiche möchten wir nennen, die den Freien Wählern und der Wählergruppe FÜR Karlsruhe trotz und gerade wegen der angeschlagenen Kassen wichtig sind:

1. Unsere Wirtschaft, die mit der Gewerbesteuer und den Arbeitsplätzen maßgeblich unseren städtischen Haushalt trägt und somit für unseren Wohlstand sorgt. Nachhaltig und klimagerecht.
2. Die Kinder und die Jugend unserer Stadt, für die wir gute Grundlagen und Startbedingungen schaffen müssen. Sie sind die Zukunft unserer Stadt.
3. Die Karlsruher Verwaltung, die bereits viel leistet, bei der wir aber noch deutliches Potenzial sehen. Mit klaren Reformen zur Effizienzsteigerung.

Unsere Region und vor allem Karlsruhe ist ein Wirtschaftsstandort mit vielen erfolgreichen Unternehmen und großem Potenzial. Dies wollen wir fördern und Entwicklungsräume öffnen. Denn eine starke Wirtschaft ist das Fundament unserer städtischen Finanzen. Sie schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern ermöglicht auch viele soziale und andere freiwillige Leistungen. Wir als Gemeinderat müssen ermöglichen, dass Unternehmen wachsen können und sich neue Unternehmen willkommen fühlen, anstatt in das Umland abzuwandern. Es reicht nicht, wenn wir unseren Wohlstand nur verwalten und eines Tages merken, dass uns die Wirklichkeit überholt hat. Unsere Aufgabe ist es, eine hervorragende Infrastruktur zu schaffen. Für einen attraktiven Standort ist die Energieversorgung von entscheidender Bedeutung. In diesem Quartal werden wir im Gemeinderat über den Energieleitplan sprechen. Karlsruhe hat bisher wenig Vision für den in der Wirtschaft benötigten Wasserstoff. Aus diesem Grund streben die Freien Wähler und FÜR Karlsruhe an, dass Karlsruhe ein Quartier entwickelt, welches mit Wasserstoff versorgt wird. Wir haben dazu einen Antrag eingebracht. Zusätzlich wollen wir die Energiegewinnung vor Ort stärken. In einem vergangenen Antrag haben wir uns bereits für eine Trockenvergärungsan-

lage in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Karlsruhe starkgemacht. In Sachen Biogas sind wir immer noch ein weißer Fleck auf der Landkarte. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, sich noch stärker in diesem Bereich zu engagieren! Zukunftstechnologien dürfen kein abstraktes Thema bleiben. Fernwärme, Geothermie und Fotovoltaik sind Schlüsselbereiche, die wir weiterentwickeln und fördern müssen, damit wir konkurrenzfähig bleiben und nicht an Wirtschaftskraft verlieren. Für viele Unternehmen, die sich für erneuerbare Energien weiter öffnen wollen, ist ein tatkräftiger Ausbau umweltfreundlicher Strukturen maßgeblich. Eine höhere Energieproduktion in der unmittelbaren Umgebung stärkt die Wirtschaft und erhöht das Energieangebot. Die Wirtschaftsförderung sollte in Zukunft eine pragmatische Helferin sein, innovative Start-ups und neue Betriebe zu gewinnen und zu pushen.

Gerne sagen wir den Satz: „Kinder sind unsere Zukunft“. Aber wenn man den Zustand unserer Schulhäuser sieht, das haben heute schon einige Kolleginnen und Kollegen gesagt, merkt man nicht, wie wichtig uns unsere Kinder sind: Toilettenanlagen, die dazu auffordern, durchzuhalten, bis man zu Hause ist; Fenster, durch die es zieht - von energieeffizienten Gebäuden sind wir noch weit entfernt. Wenn ich das so deutlich sagen darf, für unsere Fraktion hat ein gut saniertes Schulhaus einen deutlich höheren Stellenwert als ein Staatstheater, das die Stadt jährlich rund 45 Millionen kostet – die gleiche Summe kommt vom Land on top.

Kann es sein, dass wir den Fokus verloren haben? Schulen und Kitas sind jedem hier im Gemeinderat außerordentlich wichtig. Niemand würde behaupten, dass das Thema nicht oberste Priorität hat. Und trotzdem haben die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl, dass bei den Themen Bildung und Erziehung gespart wird. Die Stadt investiert jährlich Millionen, um die Gebühren niedrig zu halten. Doch das Geld müsste in die Qualitätssteigerung fließen für die Kinder und die Fachkräfte. Bisher geschah das bei der praxisintegrierten Ausbildung. Das muss eine Stadtgesellschaft leisten können. Aus dem Kita-Bericht 2022 geht hervor: Perspektivisch fehlen über 1.000 Kitaplätze. Kinder und ihre Eltern brauchen aber Sicherheit und Verlässlichkeit – beides ist in unserer Stadt gefährdet. Hier reicht es für uns nicht, dass wir „irgendwie über die Runden kommen“, aber dafür zur kostenfreien Kita. Viele Vorschläge sind schon eingebracht worden, um diese Probleme zu meistern. Ein paar Gedanken möchte ich aber dem noch hinzufügen: Es würde gewiss mehr Erzieherinnen und Erzieher nach Karlsruhe locken, wenn die Suche nach einer Wohnung einfacher wäre, man nicht einen Großteil seiner Arbeitszeit mit Bürokratie zu kämpfen hätte und die städtischen Einrichtungen finanziell besser ausgestattet wären.

Unser Vorschlag lautet: Wir müssen unsere Kita-Finanzierung reformieren. Die Nivellierung von Kita-Gebühren bei freien Trägern führt zum Mangel an Qualität. Die Stadtpolitik muss sich für einen Zeitraum vom Traum der kostenfreien Kita verabschieden, um diesem Mangel entgegenzuwirken. Dazu bringen wir einen Antrag ein. Unabhängig davon sind und bleiben ein Drittel der Eltern gebührenfrei.

Zum Abschluss ein Wort zu unserer Stadtverwaltung. Die digitale Zukunft, aber auch der Rückgang von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, fordern uns heraus, denn eine effektive und effiziente Verwaltung ist das Kernstück einer gut funktionierenden Stadt. Trotz der noch hohen Zahl an Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern ist die Effizienz deutlich gesunken. Ursächlich ist der schleppende Umstieg der Digitalisierung und eine steigende Überreglementierung. Beispielsweise bei der sozialen Erhaltungssatzung oder der

uniformen Innenstadt. Während Sportvereine mit Online-Mitgliedschaften und digitalen Zugangskarten arbeiten, kämpfen die städtischen Ämter mit Hybridakten, Öffnungszeiten und Formularen. Das kostet Zeit, Geld und Nerven. Während, laut einer Untersuchung, vor zehn Jahren das Suchen von Unterlagen 13 % der Arbeitszeit in Anspruch genommen hat, dauert es heute fast doppelt so lang. Das entspricht einem Arbeitstag pro Woche, der mit dem Kampf um Formulare und Dateien verbracht wird. Automatisierungen von Prozessen mit geeigneter Software können beispielsweise aus einer E-Mail einen Aktenvermerk anlegen, ohne dass zehn Klicks nötig sind. Solche Prozesse werden bei der Stadt schon erprobt und sollten schnell ausgerollt werden. Hier müssen Sie, Herr Oberbürgermeister, Druck über den Baden-Württembergischen Städtetag beim kommunalen Rechenzentrum machen, damit hier Tempo hineinkommt. Wir dürfen uns als Verwaltung nicht bei der Digitalisierung abhängen lassen. Da rettet uns die Karlsruhe.App allein nicht.

Neben der Effizienz durch digital-beschleunigte Prozesse kommt auf die Verwaltung aber noch ein großes Fragezeichen zu: Es werden in den nächsten Jahren ca. 30 % der Verwaltungsangestellten in den verdienten Ruhestand gehen, so Bürgermeister Dr. Käuflein. Zugleich gibt es auf viele städtische Ausschreibungen wenig Resonanz. Freiwerdende Stellen werden schwierig zu besetzen sein. Wie reagieren wir nun auf den Rückgang der Beschäftigten?

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen künftig mehr Eigenverantwortung, damit sie selbständig Entscheidungen treffen können. Dafür braucht es klare Richtlinien für Entscheidungsprozesse. Manche Entscheidungen hängen zurzeit auch maßgeblich an der Gunst des Gemeinderates. Hier sei nur die institutionelle Förderung genannt, für die es keine konkreten Richtlinien gibt – ein Fass ohne Boden. Der Gemeinderat sollte in Zukunft die Höhe der freiwilligen Leistungen in Summe festlegen. Städtische Förderung sollte Ideen ins Rollen bringen und Anreize schaffen. Ziel muss es aber sein, auch irgendwann aus der Förderung auszusteigen.

Auch als Gemeinderat müssen wir uns fragen: Ist jede Sitzung wirklich nötig? Brauchen wir endlose Diskussionen oder brauchen wir Entscheidungen? Ein Vorschlag wäre, den Personalausschuss im Umlaufverfahren bei Einstellungen entscheiden zu lassen. Das spart Zeit und bringt bei Bewerberinnen und Bewerbern schnell Gewissheit. Leere Plätze werden früher besetzt und Vakanzzeiten an wichtigen Schnittstellen minimiert. Wenn wir uns also um mehr Effizienz durch Digitalisierung bemühen und den Angestellten mehr Entscheidungsfreiheit zugestehen, kann dem Personalrückgang zumindest entgegengewirkt werden. Mit diesem Haushalt entscheiden wir nicht nur, was in den nächsten zwei Jahren umgesetzt werden kann, sondern wie sich Karlsruhe langfristig entwickelt. Wir wollen nicht in die Breite streuen, sondern Prioritäten setzen und den Fokus auf Investitionen richten, die zukunftsprägend sind. Allen können wir es nicht recht machen, dieser Versuchung müssen wir widerstehen. Wir sehen es als Gebot der Stunde, die städtischen Finanzen zu stabilisieren, um auch in Zukunft allen Menschen in unserer Stadt Raum und Rahmen gute Lebensbedingungen bieten zu können.

Wer früher spart, hat länger Geld. Fangen wir sofort damit an.

(Beifall bei FW|FÜR)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) vom Rednerpult sprechend: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Frau Erste Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, nach all den Reden der Fraktionen bin nun am Ende ich noch für die Alternative für Deutschland dran, habe aber nur 10 Minuten Zeit. Ich bin heute nicht fit, aber

gemeinsam schaffen wir das. Bitte sehen Sie von Zwischenrufen ab. Bedenken Sie, dass Gegensätze und Gegenentwürfe die Ziele Ihrer Politik klarer erkennbar machen. Da, wo man sich bei allem einig ist, ist die Demokratie am Ende. Ohne Alternative gibt es keinen Grund, zu diskutieren.

Unsere Gegenpositionen sind übrigens nicht beliebig, wie viele von Ihnen glauben mögen. Wir als AfD-Gemeinderatsgruppe bewegen uns – politisch gesehen – nicht im luftleeren Raum. Wir fühlen uns gebunden an das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Dieses „Programm für Deutschland“ ist im Internet abrufbar. Extremistisches oder Populistisches werde Sie darin übrigens nicht finden.

(Zurufe; Unruhe)

Aus diesem Programm leiten sich unsere Positionen zu den einzelnen Haushaltstiteln und unsere Haushalts-Anträge ab, auch für 2024 und 2025. So steht beispielsweise in unserem AfD-Grundsatzprogramm unter der Kapitel-Überschrift „Klimaschutzpolitik: Irrweg beenden, Umwelt schützen“ unter anderem (Zitat): „Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik beruht auf hypothetischen Klima-Modellen basierend auf computergestützten Simulationen. Kohlendioxid ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens.“ (Zitat-Ende) Wir leugnen also nicht den Klimawandel, wie auch hier im Hause schon fälschlicherweise behauptet wurde. Für uns ist aber alles andere als bewiesen, dass wir als Menschen in der Lage sind, den Klimawandel aufzuhalten. Insbesondere sind nicht wir hier in Deutschland oder gar hier in unserer Stadt Karlsruhe in der Lage, den Klimawandel aufzuhalten, auch deshalb nicht, weil der größte CO₂-Produzent der Welt China in Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen seinen CO₂-Ausstoß immer weiter erhöht und weil unsere Bundesregierung in den letzten 15 Jahren die Abschaltung und den Abriss all unserer Kernkraftwerke durchgesetzt hat, die zuvor ein Drittel des deutschen und zwei Drittel des baden-württembergischen Stromes praktisch ohne CO₂-Freisetzung erzeugt haben. Allein die Abschaltung der fast 5.000 Megawatt Kernkraft hier in Baden-Württemberg bedeutet das ein CO₂-Äquivalent von zusätzlichen 30 Millionen Tonnen pro Jahr - hier in Baden-Württemberg. Ohne Not durch Gesetze der etablierten Parteien im Bund verursacht. Und das, obwohl wir wegen der vom Bund geplanten Zunahme an Elektroautos und Wärmepumpen und der geplanten Dekarbonisierung der Industrie künftig dreimal so viel Strom brauchen werden wie bisher.

Vor diesem Hintergrund halten wir fast alle Ausgaben für Klimaschutz, die unseren städtischen Haushalt nach dem Willen der Verwaltung in den nächsten 2 Jahren mit fast 40 Mio. € pro Jahr belasten sollen, für entbehrlich. Tanken, Strom und Heizen ist inzwischen auch so teuer geworden, dass man keine zusätzlichen finanziellen Anreize fürs Energiesparen mehr braucht. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben in Ihrer Haushaltsrede von 40 Mio. € pro Jahr für Klimaschutz und Klimaanpassung gesprochen, aber in Ihrer darauffolgenden Auflistung der zwölf Maßnahmen im Einzelnen kam Klimaanpassung gar nicht vor. Wir halten es umgekehrt für richtig: Wir verzichten auf fast alle sogenannten Klimaschutzmaßnahmen, investieren aber deutlich mehr in die Anpassung unseres Lebensraumes Stadt Karlsruhe an das geänderte Klima. Dementsprechend werden wir unsere Haushaltsanträge stellen. Und mit dem eingesparten Geld können wir vieles finanzieren, was für die Zukunft unserer Stadt wirklich wichtig ist. Das Gründungszentrum für Handwerker zum Beispiel, das wir dringend brauchen, um hier in der Stadt wieder ausreichend Hand-

werksbetriebe anzusiedeln. Die Weiterführung der Ärzte-Fortbildung hier in Karlsruhe, denn 85% der Ärzte bleiben dort, wo sie mit der Weiterbildung ihre Ausbildung abschließen, und wir haben jetzt - und absehbar erst recht zukünftig - viel zu wenige niedergelassene Ärzte hier in Karlsruhe. Zusätzliche Stellen für Bausachverständige bei der Feuerwehr sind ebenfalls erforderlich, damit endlich die dringend nötigen Sanierungen der Feuerwehrrhäuser der Freiwilligen Feuerwehren durchgeführt werden können.

(Zitat:) „Wir lassen uns“ ... „von der Erkenntnis leiten, dass eine gesunde und artenreiche Umwelt die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen darstellt. Daher sind Vorkehrungen zu treffen, die Schutzgüter wie Boden, Wasser, Luft, Landschaft, Tiere und Pflanzen zu schützen.“ (Zitatende), heißt es im Kapitel „Intakte Natur und gesunde Umwelt“ unseres AfD-Grundsatzprogramms. Dementsprechend wollen wir beim Gartenbauamt, beim Liegenschaftsamt und bei den Forstbetrieben zusätzliche Stellen schaffen, damit die vielfältigen, gerade genannten „Vorkehrungen“ auch im notwendigen Umfang getroffen werden können. Hier gibt es aufgrund des wärmer gewordenen Klimas heute mehr zu tun als je zuvor um den liebenswert grünen Charakter unserer Stadt zu erhalten. Das Roden von Bäumen in bewaldeten Landschaftsschutzgebieten zum Bau von Windkraftanlagen, das die Stadt Karlsruhe derzeit nach dem Willen aller anderen Stadtratsfraktionen angeht, lehnen wir als unvereinbar mit Natur- und Landschaftsschutzbelangen entschieden ab.

Genauso entschieden lehnen wir Tiefen-Geothermie-Bohrungen in und um Karlsruhe ab, die lediglich 40 Megawatt Fernwärme oder 5 Megawatt Strom bringen, und haben in verschiedenen kommunalen Gremien immer wieder wenigstens die Übernahme der damit für die Bürger verbundenen Risiken durch die Landesregierung eingefordert. Entsteht nämlich an einem Gebäude ein Schaden, so muss der Eigentümer mittels teurer Gutachten nachweisen, dass dieser Schaden durch die Geothermie-Bohrung in der Nachbarschaft verursacht wurde. Das Wort des betroffenen Bürgers steht dann gegen das der großen Firmen, die die Bohrungen durchführen und das Geothermie-Kraftwerk künftig betreiben wollen. Da das fast immer gleich ausgeht, müssen sich die Geothermie-Firmen auch nur für wenige Millionen € gegen durch die möglichen Schäden einer Bohrung versichern.

Weitere Haushalts-Änderungsanträge von uns sind nötig, weil wir uns – offensichtlich im Gegensatz zu fast allen anderen Parteien hier – dem Paragraph 16 a unseres Grundgesetzes verpflichtet fühlen. Dort heißt es (Zitat): „(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. (2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist...“

Viele der Asylbewerber, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind und immer noch kommen, haben kein Anrecht auf Asyl, damit keine Bleibeperspektive und müssen das Land so bald wie möglich wieder verlassen. Insbesondere bei der derzeit klammen Kassenlage können wir es uns nicht länger leisten, diese Leute, die gemäß Grundgesetz gar nicht hier sein dürfen - über die Sozialhilfe des Bundes hinaus - auch noch mit städtischen Steuergeldern zu unterstützen. Daher werden wir beantragen, entsprechende städtische Ausgaben zu kürzen oder zu streichen. Das eingesparte Geld soll vor Allem den Bedürftigen unter unseren Mitbürgern zu Gute kommen, in Zeiten hoher Inflation ist dies besonders nötig.

Gleichzeitig gilt für uns aber gemäß der beiden Kapitelüberschriften unseres AfD-Grundsatzprogramms: „Schlanker Staat für freie Bürger“ und „Einführung eines Strafbestands der Steuerverschwendung“, dass wir uns als AfD-Stadträte gegen die Erhöhung von Steuern und Gebühren aussprechen. Dort, wo wir diese im Haushaltsentwurf der Verwaltung aufgespürt haben, haben wir entsprechende Streichungsanträge gestellt. Dementsprechend werden wir im Kulturbereich beantragen, die Kürzungen beim Badischen Staatstheater, das sich immer noch Theatervorstellungen mit weniger als zehn Zuschauern leistet und das in der Kritik des Landesrechnungshofs steht, um rund einen Prozentpunkt auszuweiten, um mit dem eingesparten Geld die von der Verwaltung geplanten Kürzungen bei allen anderen Theatern und den freien Kultureinrichtungen dieser Stadt mit diesem Geld abwenden zu können.

Das AfD-Grundsatzprogramm fordert zudem „Staatsschulden planmäßig tilgen“, so dass das Ziel der AfD im Karlsruher Gemeinderat nicht nur ein ausgeglichener Haushalt, sondern langfristig geringere städtische Aufwendungen als Erträge, also ein Einnahmen-Überschuss sein muss. Nur so kann der derzeit schnell weiter wachsende Berg von rund 3 Milliarden Euro Schulden der Stadt und ihrer Gesellschaften - das war im Beteiligungsbericht Ende 2022, die Zahl - den wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen, mit der Zeit wieder abgetragen werden. 3 Milliarden Euro sind rund 10.000 Euro Schulden pro Einwohner dieser Stadt, liebe GRÜNE und LINKE.

Ich würde gern noch weiter über unsere Haushaltsanträge berichten, aber meine Zeit ist um! Vielen Dank fürs Zuhören!

(Beifall bei der AfD)

Stadträtin Fenrich (pl.) vom Rednerpult sprechend: Schön, dass noch alle da sind, und wir haben uns auch wieder beruhigt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Karlsruher, liebe Karlsruherinnen: Gestatten Sie mir bitte eine Vorbemerkung: Im Vorfeld der Landtagswahlen in Bayern und Hessen wurden die Parteivorsitzende der AfD, Dr. Alice Weidel, bedroht und auf Tino Chrupalla, wurde ein tätlicher Angriff verübt. Demokraten verurteilen ein solches kriminelles Handeln zutiefst. Ich sage das, weil auch ich im Zusammenhang mit meiner Wahl zur Stadträtin Ziel einer dreimaligen Attacke auf mein Wohnhaus wurde. Und niemand, der dies nicht selbst erlebt hat, kann sich vorstellen, was das mit dem Betroffenen macht. Nichtsdestotrotz macht sich im anderen Teil des demokratischen Parteienspektrums eine gewisse Schadenfreude breit, und das manchmal auch in Kommunalparlamenten.

Demokratie sieht anders aus, Ausgrenzung und Diskriminierung haben hier keinen Platz. Demokratie wird von gegenseitigem Respekt getragen. Und genau den wünsche ich mir für den neuen, ab Sommer 2024 hier tagenden Gemeinderat - und zwar ganz gleich in welcher politischen Zusammensetzung dieser dann die Geschicke der Stadt Karlsruhe bestimmen wird.

Nun zum eigentlichen Thema:

Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Haushaltsrede ließen Sie die beiden vorangegangenen Haushalte Revue passieren. Sie sprachen von „enormen Herausforderungen“ im Haushalt 2021 und von den haushalterischen Anstrengungen im Rahmen des Haushaltssicherungsprozesses, um für den Haushalt 2022/2023 vom Regierungspräsidium überhaupt die Genehmigung zu erlangen.

Und heute? Der Haushaltsentwurf 2024/2025 ist auf Kante genäht. Es darf nichts verrutschen, nichts Unvorhersehbares eintreten. Aber Imponderabilien geschehen nun mal. Der derzeitige städtische Haushalt ist ja gerade durch nicht erwartbare Ereignisse in eine weitere Schiefelage geraten, zum Beispiel durch eine irreführende, ideologiebasierte bundesdeutsche Energiepolitik, die die Preise für Energie und Produktion in eine schwindelerregende Höhe treibt; zweitens, durch eine fragwürdige EU-Geldpolitik, die die Inflation nicht so schnell wieder einfangen kann; drittens durch höhere Tarifabschlüsse und höhere Lohnzahlungen, die dem arbeitenden Teil der Bevölkerung die ihm aufgezwungene wirtschaftliche Lage erträglich macht.

Dazu kommen dann noch oben drauf die Geldzahlungen, die die Stadt an ihre Gesellschaften zu leisten hat, um deren Minus auszugleichen - ich nenne hier nur das Städtische Klinikum und die Verkehrsbetriebe Karlsruhe. Auch das ist das Ergebnis einer völlig verfehlten Politik - längst schon hätte der Bundesgesundheitsminister gemeinsam mit den Landesgesundheitsministerien das Krankenhaus-Finanzierungssystem reformieren müssen, denn annähernd alle Kliniken in Deutschland stehen derzeit am Rande eines finanziellen Kollaps'.

Die Verkehrsbetriebe leiden unter den enormen Kosten für den mit Recht umstrittenen Tunnel und den immensen Betriebskosten. Hinzu muss in Kürze auch über die Frage nach der weiteren Finanzierung des Deutschlandtickets zwischen dem Bundesverkehrsminister und den Ländern entschieden werden. Klar dürfte allerdings jetzt schon sein, dass für die VBK hier kein Gewinn zu erzielen sein wird - im Gegenteil.

Evident ist, dass die Stadt nicht verantwortlich ist für die Dinge, die außerhalb ihres Wirkungskreises geschehen oder eben nicht geschehen. Aber gerade dann, wenn staatliche Vorgaben die (finanziellen) Auswirkungen auf die Kommunen nicht ausreichend berücksichtigen, muss die Gemeinde über eine monetäre Reserve verfügen, die ihr eine sachorientierte Aufgabenerledigung ermöglicht. Dies ist bei dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht ersichtlich, und dementsprechend ist nicht auszuschließen, dass die jetzt eingeplanten Finanzmittel für den nächsten Doppelhaushalt nicht ausreichen werden.

Was also ist zu tun? Das Gebot der Stunde heißt – wie all die Jahre zuvor: Sparen! Und Sparen bedeutet nicht die Erhöhung der Einnahmen durch höhere Gebühren und Steuern, sondern eine Beschränkung der Ausgaben. So wie die schwäbische Hausfrau, muss auch die Stadt ihr Augenmerk darauf richten, dass sie nur das ausgibt, was sie zuvor eingenommen hat. Dies gilt umso mehr, als den Bürgern von der Bundespolitik in finanzieller Hinsicht derzeit viel abverlangt wird.

So erwarte ich, dass nach dem neuen baden-württembergischen Grundsteuergesetz die neuen städtischen Hebesätze zu keiner Mehrbelastung der Bürger führen. Ebenso dürfen die Bürger nicht weiter belastet werden mit überhöhten Gebühren fürs Anwohnerparken oder fürs Parken auf öffentlichen Parkplätzen. Die letzten Erhöhungen haben auch im

Handel und in der Gastronomie zu viel Unmut geführt, weil Kunden ausblieben. Da erst einige städtische Gebühren angehoben wurden, wäre ein weiteres derartiges Verlangen der Stadt nicht zielführend.

Mit Verwunderung, Herr Oberbürgermeister, habe ich Ihrer Rede entnommen, dass höhere Kita-Beiträge, ich sag' jetzt mal, für besserverdienende Eltern erhoben werden sollen. Damit hätte sich der Gemeinderat dann noch ein Stückchen weiter von seinem hehren Ziel einer beitragsfreien Kita entfernt. Diese Einsparung sollte also dringend nochmals überdacht werden.

Dagegen werden auf dem Gebiet der Integrationsaufgaben, wie in den Haushalten zuvor, dieselben Leistungsempfänger aufgeführt und mit teilweise höheren Geldern in 2024 und 2025 ausgestattet. Als ehemaliges Mitglied im Sozialausschuss und Migrationsbeirat habe ich immer wieder darauf hingewiesen, dass die für Flüchtlinge und Migranten erbrachten Maßnahmen evaluiert werden müssen, zum einen, weil hierdurch Doppelstrukturen vermieden werden können und zum andern, weil nur so offenbar wird, ob die Maßnahmen überhaupt den Erfolg bringen, den man sich von ihnen verspricht. Eine pauschale Kürzung für einige unklare Maßnahmen könnte zumindest im nächsten Haushalt für Klarheit sorgen.

Annähernd täglich lesen wir im Lokalteil der BNN von Körperverletzungen, Raubdelikten, sexueller Belästigung und Sachbeschädigung. Meist sind davon jüngere Menschen betroffen, weil ältere sich schon gar nicht mehr abends raustrauchen. Die Bürger haben somit nicht lediglich ein fehlendes Sicherheitsgefühl, wie das so oft hier suggeriert wird, sondern sie sehen sich konkreten Gefahren beim Stadtbesuch ausgesetzt. Wir dürfen als Stadt nicht zulassen, dass die Kriminalität immer weiter um sich greift, und die Innenstadt zu einem kriminellen Hotspot wird. Der Kommunale Ordnungsdienst ist daher entsprechend aufzustocken.

Klimaschutzmaßnahmen bzw. Klimaschutzanpassungen sind in den Gesetzen von Bund und Land kodifiziert. Ich habe versucht, anhand dieser Gesetze zu erfahren, was die Stadt eigentlich ganz konkret tun muss - nicht tun möchte, sondern tun muss - um den Zielen des Klimaschutzes Rechnung zu tragen. Bei 40 Millionen Euro veranschlagten Kosten muss diese Frage gestattet sein. Bei den aufgezählten, sehr vagen Maßnahmen handelt es sich überwiegend um freiwillige Aufgaben und nur zu einem geringen Teil um weisungsfreie Pflichtaufgaben.

(Der Vorsitzende: Frau Stadträtin, Sie müssen zum Schluss kommen!)

Eine Reduzierung des „Ich-wünsch-mir-was“ um 50% erscheint mir daher vertretbar. Karlsruhe muss nicht immer den Streberfinger strecken und Erster im Land sein, wenn es um Klimaschutz geht. Der Haushalt gibt das nicht her. Überdies wurden und werden immer wieder Braunkohlekraftwerke eingeschaltet, Vögel-Schredder-Windräder gebaut und Bäume abgesägt – und das ist dem Klimaschutz kontraproduktiv.

(Der Vorsitzende: Frau Stadträtin, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen!)

Was sagen denn hierzu unsere Klimaschützer?

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Der Vorsitzende: Damit schließen wir den Tagesordnungspunkt 1.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
13. Oktober 2023